

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.



Bezugs-Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post

monatlich . . . Kz 18.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . 96.—
ganzjährig . . . 192.—

Abnahme von Manuskripten erfolgt nur bei Einlieferung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

2. Jahrgang.

Sonntag, 1. Oktober 1922.

Nr. 231.

Verbrecherische Untätigkeit.

Vor drei Wochen hat die Regierung an die Bevölkerung des Staates einen Aufruf erlassen, in dem sie zwar meist an das gute Herz der Kapitalisten appellierte, von ihren fetten Profiten doch eine Kleinigkeit nachzulassen und so zum Abbau der Preise und damit zur Ueberwindung der schweren Wirtschaftskrise beizutragen, in dem sie aber immerhin ein paar Maßnahmen in Aussicht stellte, die, energisch durchgeführt, eine Vinderung der auf der Bevölkerung so furchtbar lastenden Arbeitslosigkeit gebracht hätten. Aber es muß der Regierung nach drei Wochen ernstlich gesagt werden, daß die besten Maßnahmen, die schönst ausgedachten Pläne, die fleißig von den einzelnen Ressortministerien ausgearbeiteten Elaborate auch den geringsten Wert verlieren, wenn man nicht endlich daran schreitet, sie durchzuführen. So hat die Regierung eine Reihe von Investitionsarbeiten versprochen — auf weiter Flur aber rührt sich nichts. Unsere Vertrauensmänner haben den Behörden in allen Teilen des deutschen Gebietes dieses Staates Vorschläge auf Durchführung von Notstandsarbeiten, Bau von Straßen, Wasserleitungen, Bahnen, gemacht, die unter Aufwendung von verhältnismäßig geringen Mitteln durchzuführen wären. Die Leiter der Bezirksverwaltungen versprochen, alle diese Vorschläge der Regierung wärmstens zur Annahme zu empfehlen, aber die Regierung hat ein taubes Ohr für alles, was von den Vertrauensmännern der arbeitenden Bevölkerung an Vorschlägen vorgebracht wird.

Noch katastrophaler wirkt die Untätigkeit und vollständige Impotenz der Regierung, deren Vorgesandter außer Landes weilt und ein Reiseleben führt wie einstens Wilhelm II., auf dem Gebiete jener Maßnahmen, zu deren Durchführung sie des Parlamentes bedarf. Es handelt sich gerade um die wirksamsten Maßregeln zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, um die Herabsetzung der Kohlenabgabe, der Eisenbahntarife, der Zölle, Regelung der Kündigungsfrist bei Massenentlassungen, die durch den Nichtzusammentritt des Parlamentes auf die lange Bank geschoben werden, als ob es sich um die gleichgültigsten Dinge der Welt handeln würde. Das Parlament tritt nicht zusammen, weil die Mehrheitsparteien nicht imstande sind, nach wochenlangen Verhandlungen das langersehnte Ministerium Sechta zusammenzubringen, woran sich sichtbar die Unfähigkeit der allnationalen Koalition zeigt, auch die Wirtschaftsprobleme dieses Staates einer Lösung zuzuführen und das Los der Arbeitslosen und Kurzarbeiter, die Not und das Elend der arbeitenden Bevölkerung zu mildern.

Diese Untätigkeit wird nachgerade zur größten Gefahr für die Arbeiterklasse. Während nämlich die Regierung die Hände in den Schoß legt, sind die Unternehmer nicht müßig geblieben. Sie wollen die Krise auf ihre Art überwinden, indem sie alle Opfer für diese Ueberwindung einfach auf den breiten Rücken der Arbeiterklasse wälzen, indem sie den Lohnabbau tatsächlich durchführen, indem sie die Kollektivverträge massenhaft kündigen. Die Unternehmer fühlen sich geradezu als die Diktatoren der Wirtschaft, einseitig setzen Textilindustrielle und Grubenbarone, Metallindustrielle und Glasfabrikanten die Löhne herab, ohne sich um die Arbeiter und ihre Organisationen zu kümmern. Die Untätigkeit der Regierung ermuntert und berechtigt — nach ihrer Meinung — die Unternehmer so zu handeln. Wenn die Unternehmer die Lösung der Wirtschaftskrise auf ihre Art durchgeführt haben, wenn sie die Löhne abgebaut und der Arbeiterschaft einseitig die Arbeitsbedingungen diktiert haben, dann wird wahrscheinlich die Regierung wie ein Feldjäger mit Pfälzern kommen, um sie auf die Wunden der Arbeiterklasse zu legen. Wenn es durch das übermüthige Diktat der Ostrauer Grubenbarone zum Kampf auf der ganzen Linie im Bergbau kommt, dann wird irgend ein Arbeitsminister mit der Feuer-

Die Kriegsgefahr im Nahen Osten.

Rhema bleibt in der neutralen Zone.

London, 30. September. Reuter erfährt von gut unterrichteter Seite, daß Mustafa Kemal dem französischen Oberkommissar in Konstantinopel General Bessé, der vor kurzem in einer Mission in Smyrna war, mitgeteilt habe, daß er nicht die Absicht habe, die türkischen Streitkräfte aus der neutralen Zone zurückzuführen. (Wenn sich die Nachricht bewahrheitet, bedeutet das den bewaffneten Konflikt mit England. D. Red.)

England duldet keine türkischen Truppen in den Meerengen.

London, 30. September. (Tsch. B. S.) Das britische Kabinett hielt gestern wieder eine zweistündige Sitzung ab, an der auch die Militär-, Flotten- und Luftschiffahrtswissenschaftler teilnahmen. Wie mitgeteilt wird, ist die britische Regierung nach wie vor entschlossen, daß unter den gegenwärtigen Umständen keine türkischen Truppen über die Meerengen nach Europa gehen dürfen. Dieser Beschluß ist besonders angesichts der in der gestrigen Konstantinopler Meldung des Generals Maurice gemachten Anregung, daß General Harrington mitgeteilt werden soll, den Türken die Ueberfahrt über die Meerengen nach Thrazien zu erlauben unter der Bedingung, daß sie sich von der neutralen Zone zurückziehen. Es wird weiter berichtet, daß Tschanal auf jeden Fall verteidigt werden würde. Zwischen den britischen und türkischen Truppen ist bisher kein Schuß gefallen. Es wird betont, daß die Hauptpolitik Großbritanniens die ist, daß das türkische Heer bis zum Abschluß des Krieges von Europa ferngehalten wird. Die britische Regierung siehe zu ihrem Abkommen mit Frankreich und Italien und würde davon nicht abweichen, ohne sich mit beiden Ländern zu verständigen. Zwei weitere Bataillone sind gestern Nachmittag nach dem Osten abgegangen. Weitere U-Boote und Zerstörer befinden sich auf dem Wege nach den Dardanellen. Der australische Premierminister Hughes erklärte in einer Sitzung des australischen Kabinetts, daß Australien während des Krieges ein größeres Heer aufgestellt habe, als die Türkei jetzt besitze. Australien werde das wieder tun, wenn sich die Notwendigkeit ergebe. Hughes erklärte, wenn es zum Kriege kommen

Die Kleine Entente abgeblüht!

Genf, 30. September. (Tsch. B.) Bei der Wahl der nichtständigen Mitglieder des Völkerbundes erhielt Brasilien 42, Spanien 40, Uruguay 40, Belgien 36, Schweden 35 und China 27 Stimmen. Die beiden neuen Sitze erhielten Uruguay und Schweden, sodas jetzt Südamerika über 2 Sitze im Rate verfügt, während die Kleine Entente keinen Sitz erhalten hat, da Jugoslawien nur 15 Stimmen bekam, die erforderliche Stimmenganzheit aber 23 Stimmen betrug. Die Amtsdauer der Gewählten beträgt, da das endgültige Statut noch nicht angenommen ist, 1 Jahr. Der gesamte Völkerbundrat setzt sich nunmehr aus folgenden Staaten zusammen: England, Frankreich, Italien, Japan, Spanien, Belgien, Schweden, Brasilien, Uruguay und China.

Die Vielgeschäftigkeit, deren sich die Vertreter der Kleinen Entente in Genf befleißigen

sprache herannahen, um den Brand zu löschen. Durch die Untätigkeit der Regierung wird die Krise auf Kosten der Arbeiterklasse zu lösen versucht. Mit der Herabsetzung der Lebenshaltung werden die Arbeiter die katastrophale Wirtschaftspolitik der Regierung bezahlen, mit dem Verlust mancher Errungenschaften der Nachkriegszeit und der Gefährdung ihrer wichtigsten Rechte werden die Arbeiter aller Nationen ihren Tribut entrichten für das höchst zweifelhafte Glück, von einer allnationalen Koalition regiert zu sein. Dabei ist die Untätigkeit der Regierung von Seite der bürgerlichen Vertreter in diesem und im kommenden Ministerium bewußt durchgeführt, eben in der Absicht, die Arbeiterbewegung niederzukämpfen. Und diesem verbrecherischen Plan schauen die sozialistischen Minister untätig zu.

sollte, wird sich Großbritannien im Rechte befinden, selbst wenn es von allen Nationen allein gelassen werde.

Die Unabhängige Arbeiterpartei Englands gegen den Krieg.

London, 29. September. Der Nationalrat der unabhängigen Arbeiterpartei hat ein Manifest veröffentlicht, in dem gegen die Orientpolitik der Regierung protestiert wird. Es heißt darin, diese Politik ist geeignet, den Interessen der Kapitalisten zu dienen, die die Petroleumgebiete und die anderen großen Schätze des Nahen Ostens auszubeuten wünschten. Die Rechte der Türken müßten auf der Konferenz, zu der Rußland, Georgien, die Ukraine und Bulgarien eingeladen werden müßten, anerkannt werden. Zum Schluß fordert das Manifest die sofortige Einberufung des Parlamentes.

Die Kemalisten bei Tschanal.

Konstantinopel, 30. September. In der Zone von Tschanal besetzen die Kemalisten neue wichtige Punkte. Die Regierung von Angora wird auf die Note der Alliierten sofort antworten. (Auch diese Nachricht bedeutet bei dem Gewicht, welches die Engländer auf Tschanal legen, eine Verschärfung der Lage. D. Red.)

Das jugoslawische Regierungsgesorgan gegen die Kriegsheiz.

Belgrad, 30. September. (Tsch. B.) Das Regierungsgesorgan „Samospravna“ tritt in entschiedenem Wille für die Fortsetzung der von der Regierung vertretenen Friedenspolitik ein. Das Blatt stellt fest, daß die Interessen Jugoslawiens durch die Ereignisse im Nahen Osten noch (!) nirgends bedroht seien. Im gegenwärtigen Augenblicke von der Regierung den Krieg zu fordern, hieße, sagt das Blatt, von ihr etwas Ueberflüssiges und etwas Unmögliches fordern. Jetzt in einen Krieg zu treten, hieße, sich in ein Abenteuer einzulassen, in welchem alles auf Spiel gesetzt würde. Wir werden unserer Reputation gemäß nur wegen der Verteidigung unserer Interessen in einen Krieg treten; diese Interessen sind aber derzeit nicht bedroht. Deshalb seien, sagt das Blatt, die Angriffe gegen den Minister des Äußeren Rincic wegen seiner zielbewussten Friedenspolitik unbegründet.

haben und die, wenn man den offiziellen Pressestimmen hätte glauben wollen, die drei verbündeten Staaten zu Primageigern im Völkerbundsorchester hätte empfortragen müssen, hat sich also als eitel Schauinschäperei erwiesen. Mit Rincic ist, mochte er sich auch aus guter Selbsterkenntnis heraus eine Kandidatur verbeten haben, unser Dr. Beneš öffentlich durchgefallen und er kann die gute Lehre mit nach Hause nehmen, daß die Hans Dampf in allen Gassen sich allerwärts und immer herzlich wenig Sympathien erwerben. Die (wir bitten den Zensur um Verzeihung) Watsche des Völkerbundes war in ihrer Deutlichkeit wohlberechnet, sonst hätte man nicht just den Südamerikanern, die schon so wie so vertreten waren, noch den zweiten Sitz im Völkerbundsrate gegeben und die Kleine Entente übergeben, die vor allem für die Schaffung der neuen Rassisten eingetreten war. Auch in der „hohen Diplomatie“ bleibt es eben wahr: Wer den Schaden hat, hat für den Spott nicht zu sorgen, und der ist der Kleinen Entente von ihren „Freunden“ zuteil geworden.

Wann werden die Vertreter der tschechischen Arbeiterschaft, ob sie in der Regierung sitzen oder außerhalb der Regierung Einfluß auf die Staatspolitik üben, aus ihrer Lethargie erwachen, wann werden sie der Energie des struppeligen Vertreters des Bürgertums Maschin die Kraft entgegenstellen, die die Arbeiterbewegung in der Tschechoslowakei schließlich darstellt? Geht das so fort, dann wird die Koalition in den Augen der Mehrheit der Arbeiterschaft der Tschechoslowakei nur ein Feigenblatt für die Diktatur des Herrn Maschin sein, der unter der stillen Duldung und -der stillen und einflusslosen Teilhaberschaft der Vertreter eines Teiles der tschechischen Arbeiter sich aus dem Inhaber der Livnostenska Banka zum Inhaber des Bankamtes und Finanzministeriums, zum Inhaber der Bätka und, fast könnte man sagen, zum Inhaber des Staates entwickelt hat.

Hände weg.

Die andauernd ernste Lage im „Nahen Osten“ ist ganz danach angehen, nicht nur die großen Handelsmächte im Atem zu halten, deren Imperialismus das Verfügungsrecht über die Dardanellen als eine entscheidende Voraussetzung der Beherrschung und Ausbeutung des ganzen Ostens betrachtet, sondern auch das übrige Europa einschließlich der Tschechoslowakei zu beunruhigen. Die Ursache dafür liegt in den gloriosen Friedens- und Bündnisverträgen, deren Bestimmungen nur soweit veröffentlicht wurden, als es den Regierungen gut dünkte, und hinter denen, allem Phrasenschatz der Verfallensdiktatoren von „Diplomatie ohne Geheimtuerer“ zutrotz, bestimmt ein ganzes Heer geheimer Vereinbarungen lauert.

Die „Kleine Entente“ spannt uns mit den Südslawen und Rumänen an ein Joeh, und zu welchem Danke sich Herr Beneš den Franzosen für die Hebammiendienste verpflichtet mußte, welche Clemenceau bei Geburt der Tschechoslowakei leistete, wissen wir nicht. Aber realistisch, wie die kapitalistischen Diplomaten schon sind, liegt die Beforgnis nahe, daß der Dank sich nicht auf schöne Worte zu beschränken hat, sondern im Bedarfsfall in Mann und Roß und Wagen umgesetzt werden muß, und der Bedarfsfall könnte jetzt eintreten. Was der nächste Tag den Franzosen und was er den Südslawen bringen wird, weiß heute niemand zu sagen. Die abwechselnden Meldungen jedenfalls: „Die Dinge stehen schlecht“, und „Die Lage hat sich sichtlich entspannt“, sind bloß danach angehen, den wahren Sachverhalt zu verwischen und erinnern bedenklich an die Sturzwellen von Telegrammen, die zwischen dem Nord von Sarajewo und dem Ultimatum an Serbien über Europa niederging und die schließlich, kalt und das Herz erstarrend machend, in die eine Richtung zusammenfloß: „Der Krieg hat begonnen!“

Angesichts dieser Umstände und angesichts der Pressestimmen, die sich in Paris, London und Belgrad lärmend und drohend erheben, muß jeder, der es hierzulande mit dem Frieden ernst meint, den verantwortlichen Leitern unserer Außenpolitik laut und deutlich zurufen: „Hände weg!“ Der Streit um den „Nahen Osten“, der wieder einmal ein Balkanstreit zu werden droht, berührt unsere eigenen Lebensinteressen an keiner einzigen Stelle! Und falls Serbien, das um seiner Balkanaspirationen willen schon länger als ein Jahrzehnt aus Blut und Gefahren nicht hinauskam, sich dem vorläufigen Widerstand seiner Regierung zutrotz durch die Verblendung einiger imperialistischen Chauvinisten in neue verberbliche Abenteuer sollte verstricken lassen, so ist das seine Sache, wir aber wollen, den Bedürfnissen unserer Bevölkerung gemäß, weit und sicher vom Schuß bleiben!

Von irgend einer Rötigung unseres südslawischen „Bundesgenossen“, aktiv in den Konflikt zwischen Kemal Pascha und den Griechen, zwischen Kemal Pascha und den Großmächten eingzugreifen, kann keine Rede sein. Wenn die Entente vor einigen Tagen in Paris beschloß, dem siegreichen Führer der Türken Thrazien bis zur Maritsa zusammen mit der „heiligen Stadt“ Adrianopel zu überlassen und Konstantinopel dem Sultan als unabhängige Hauptstadt der europäischen Türkei zurückzugeben, so mag das ein schmerzliches Erwachen aus den Vormachträumen bedeutet haben, die Serbien auf dem Balkan hegte, aber schließlich und endlich stellt es doch nur den Zustand wieder her, der bis zum Herbst 1918 bestanden hatte und bei dem das Reich der Karawagen nicht schlecht gediehen war. Auch die Aussicht der Bulgaren, durch die Wiederherstellung der Türkei aus der völligen Vereinamung auf dem Balkan hinauszukommen und zu einer gemeinsamen Grenze mit den befreundeten Türken zu gelangen, mag einen Strich durch die politische Rechnung der Südslawen bedeuten, doch einen Grund, zum Schwerte zu greifen, wird kein Vernünftiger darin erblicken wollen.

Die Schreier in Belgrad berufen sich denn auch, die bisher genannten Motive verhüllend, auf die Notwendigkeit, um des „Gleichgewichtes“ willen den status quo und die geheiligten Friedensverträge von 1918 zu wahren. Daß dieses letzte Argument eine inhaltslose Phrase ist, kommt bei denen, die sich seiner bedienen, nicht weiter in Betracht. Denn das berühmte „Gleichgewicht“ kann nur als Mittel mitzählen, den Frieden zu erhalten, und es wird mißbraucht, wenn man seine „Erhaltung“ zum Vorwand eines alles verleitend umstürzenden Krieges macht. Aber was fragt ein Seppokistler danach, welcher innere Wert seinen Schlagworten innewohnt? Genuß, wenn sie wirken, und von den Augen der Menge die tieferen Beweggründe verdecken. In unserem Falle ist dies die Sehnsucht der serbischen Imperialisten nach dem dreieinigen Besitz von Slavutari und Saloniki. Das wären die rechten

Plätze, von denen aus die Erzeugnisse Südamerikas nach dem entfernteren Osten umgeleitet werden könnten, um ihrerseits wieder ein frischer fröhlicher Krieg, bei dem die Handelsherren ja doch nur zusehen und die Arbeiter und Bauern bluten, schon immerhin lohnen! Die frommen Beteuerungen der Nachhaber, die man gerade heute wieder vernimmt, die Erhaltung des Friedens sei ihnen das Erste und Heiligste, wiegen federleicht. Mißtrauen, strengstes Mißtrauen ist dringend geboten und von der Tschechoslowakei jedes Wort und jeder Schritt unbedingt zu meiden, der irgendwie als Ermüdung dunkler Pläne ausgelegt werden könnte.

Dies umso mehr, als nicht nur das kleine Südflawien, sondern auch die Großen, England und Frankreich, verbrecherisch mit einem neuen Brande im Orient spielen, der ganz leicht Rußland auf den Plan rufen und so die Welt neuerdings in Flammen setzen könnte. Die Revolution in Griechenland hat den Gegensatz zwischen den beiden Ententestaaten zum guten Teil beseitigt, das lange Jähren Abwärts, auf das Pariser Friedensangebot eingegangen, macht die Franzosen nervös und entfernt sie von ihrem türkischen Schützling und die Forderung der Angoraregierung gar, daß Rußland, wie es sich eigentlich von selbst versteht, an der Orient- und Meerengenkonferenz teilnehmen müsse, ist erst recht geeignet, Paris und Angora auseinanderzubringen. Bei tüchtler Ueberlegung müßte das für Kemal Pascha ein Grund sein, sich mit dem bisher Erreichten zufriedenzugeben. Vom Siege und den blendenden Erfolgen beranzt, wird er vielleicht trotzdem in die neutrale Zone wie die Dardanellen eindringen, die Kampfaktivität der Engländer dadurch auslösen und zu seiner Ueberwindung könnte es ihm dann widersprechen, die Franzosen an der Seite der Briten zu finden. Es sind lauter Möglichkeiten und Befürchtungen, denen als stärkster Gegengrund die fürchtbare Kriegsmüdigkeit Europas entgegensteht. Sich von dieser Hoffnung aber in den Schlaf wiegen zu lassen, wäre Torheit. Es gilt an allen Orten, wo die hohe Politik gemacht wird, wachsam auf der Hut zu sein und den Diplomaten das warnende „Hände weg!“ ehern ins Bewußtsein zu hämmern. Auch bei uns.

Inland.

Die kommunistische Opposition nimmt den Kampf auf. Bekanntlich war der Prohniker Kreis der einzige, welcher auf der Konferenz der Vertretung der kommunistischen Partei gegen den Ausschluß der Opposition gestimmt hat. Und nun veröffentlicht auch das Prohniker kommunistische Organ „Straz lidu“ eine umfassende Erklärung der ausgeschlossenen Kommunisten Sturz, Bolen, Udrzal, Jilek, Hek und Slabihou gegen den Beschluß der Reichskonferenz. Darin wird gesagt, daß nur 41 gegen 22 Stimmen über den Ausschluß abgegeben wurden und daß es zur Abstimmung spät am Abend kam, da die Delegierten des flachen Landes zum Teile abgereist und auf der Konferenz bloß die getreuen Anhänger Smerals geblieben waren. Die ganze Erklärung ist gegen Smeral gerichtet, welcher beschuldigt wird, daß er bewußt die kommunistische Partei zerbrechen wolle, damit sie in dieser Zeit zu nichts anderem als zum Eintritt in die Regierung fähig wäre und damit Smeral Minister würde. Die Ausschlossenen fordern eine Einberufung des Parteitag und rufen die kommunistischen Organisationen dazu auf, ihre Zustimmungsgedebungen an Wenzel Sturz nach Kobylis einzulenden. Dasselbe Blatt teilt mit, daß die Pleuarisierung der Prohniker Organisation den Ausschluß von Hek nicht zur Kenntnis genommen habe. Sie sei überzeugt, daß Hek weiterhin zum Gedeihen der Arbeiterschaft als Sekretär des Prohniker Kreises und als Redakteur der „Straz lidu“ arbeiten werde.

Die Entscheidung in der Jaworinastage aufgehoben. Infolge der Intervention der Tschechoslowakei erhielt, wie aus Genf gemeldet wird, die Delimitationskommission aus Paris den Auftrag, jede weitere Tätigkeit in der Jaworinastage einzustellen. Das „Prestige“ des Diplomaten Benes ist also gerettet. Fragt sich nur, auf wie lange.

Die Parabel vom Manne, der New York sah.

Von S a f e b, dem Weizen.

Ein Mann fuhr einst nach New York. Er kaufte sich eine Umsteigkarte, bestieg den „Zwanzigsten Jahrhundert-Express“ und kam sich ungeheuer wichtig vor, weil er von einem Fleckchen der Erdoberfläche zu einem anderen einermassen schneller befördert wurde als sein weiland Großvater, wenn er vor etlichen sechs Duzend Jahren die gleiche Strecke in umgekehrter Richtung fuhr. Denn sei Großvater war seinerzeit noch im Ochsenwagen westwärts gefahren und hatte dabei eine Menge Geld erspart — und der Enkel fuhr nun im Express ostwärts und warf dabei die Dollars zum Fenster hinaus. Und auf diese Weise gelangen die Menschen dieses Geschlechtes ihren Großvätern gegenüber zu überlegenen Standpunkten.

Und er kam also in das gute, alte New York. Und er suchte einen großen Gasthof auf, der sich ganz nahe beim Bahnhof befand, und zwar fuhr er mit der Untergrundbahn dahin, so daß er die Straße überhaupt nicht betrat.

Und als der nächste Morgen anbrach, bestieg

Das Parlament soll nach einer Meldung der „Lidobe listy“ doch erst zu Ende des Monats Oktober einberufen werden. Montag, den 2. d. M., treffe Dr. Benes aus Genf in Prag ein und werde die Demission seines Kabinetts überreichen. Der designierte Ministerpräsident Svehla soll in der ersten Hälfte dieser Woche dem Präsidenten Masaryk die Liste seines Kabinetts überreichen. Sobald die neuen Minister in ihre neuen Ressorts eingearbeitet sein würden, werde das Parlament zur Herbstsaison einberufen.

Urbensky und seine Partei. Nach einer Meldung des „Cas“ gedenkt der Nationalsozialist Dr. Urbensky, ein eigenes Wochenblatt herauszugeben. Auch die „Tribuna“ spricht von seinen separatistischen Bestrebungen, die angeblich bestehen, wenn auch Dr. Urbensky's Gruppe sich am letzten Parteivertrertag mit den dort gefassten Beschlüssen solidarisch erklärt habe. Die „Tribuna“ fordert die Partei auf, eine stärkere und entschiedene Hand gegen die „Schiffe“ der Gruppe Dr. Urbensky's zu zeigen, der nun, da sein Abgang aus dem Kabinett besiegelt ist, seinen Radikalismus steigern würde.

Nach einige Ausschlässe? Die Zerlegung innerhalb der kommunistischen Partei macht rapide Fortschritte. Nach außenhin macht sich diese Tatsache darin geltend, daß in der Partei

Fünfzig Jahre tschechische Sozialdemokratie.

Der gestrige Festkongreß.

Anläßlich der fünfzigjährigen Wiederkehr jener Zeit, da das erste tschechische sozialdemokratische Arbeiterblatt erschien und es überhaupt eine sozialdemokratische Bewegung unter der tschechischen Arbeiterschaft gibt, und gleichzeitig anläßlich der 25jährigen Wiederkehr des Tages, an dem das Zentralorgan der Partei zum erstenmal erschienen ist, veranstalteten die tschechischen Sozialdemokraten gestern im Prager Gemeindehaus in Form eines außerordentlichen Parteitag eine Feier. Der große Saal war dicht gefüllt von den aus allen Teilen der Republik herbeigeeilten Delegierten, in den vordersten Bankreihen sah man die ergrauten Häupter der ältesten Vertrauensmänner der tschechischen Arbeiterbewegung. Vertreter ausländischer Bruderparteien waren gekommen, um durch ihre Anwesenheit bei dem feierlichen Kongreß die internationale sozialistische Solidarität zum Ausdruck zu bringen. Auch die deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik war der an sie ergangenen Einladung durch Entsendung eines Vertreters gefolgt und es ist bemerkenswert, daß die Ausführenden des Genossen N i e k n e r den lautesten Beifall unter allen Reden der Vertreter der Bruderparteien fanden, obzwar Genosse Niekner nicht nur die süßliche Beglückwünschungsrede hielt, sondern die Meinungsverschiedenheiten hervorhob, die zwischen der deutschen und der tschechischen Sozialdemokratie dieses Staates vorhanden sind, aber naturgemäß den Willen unserer Partei zum Ausdruck brachte, mit der tschechischen Arbeiterschaft gegen die politischen und wirtschaftlichen Angriffe der Reaktion zu kämpfen.

Die Feier wurde eingeleitet durch ein auf der Orgel gespieltes Musikstück, worauf tschechische Arbeiterlänger die Internationale und das Lied der Arbeit sangen. Sodann eröffnete Genosse N i e m e c namens der Parteizentrale den Parteitag, gedachte der toten Vorläufer der Partei und der alten Funktionäre, denen das Glück zuteil wurde, an dieser Feier teilzunehmen. Er begrüßte hierauf die Vertreter der Bruderparteien, besonders innig den Vertreter der deutschen Sozialdemokratie in der tschechoslowakischen Republik und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die alte Kampfgenossenschaft wieder hergestellt wird. Von den Gästen sprach als erster der Vertreter der Vereinigten Sozialdemokratie Deutsch-

er abermals die Untergrundbahn und fuhr nach Wallstreet hinunter. Und das Geschäft, wo er zu tun hatte, befah einen eigenen Zugang zum Untergrundbahnhof, so daß seine Füße das Pflaster New Yorks gar nicht beschwerten.

Und er stieg noch einmal zur Untergrundbahn hinab und fuhr in die Zweieinundvierzigste Straße zurück, denn er hatte eine Votchkoff am Times Square zu bestellen. Und er folgte der Grünen Linie der Zweigbahn und bestellte die Votchkoff am Times Square, und dann folgte er der Schwarzen Linie der Zweigbahn und fuhr in die Zweieinundvierzigste Straße zurück. Und einer seiner Freunde lud ihn zum Frühstück in den Jule-Klub und er erreichte ihn mit der Untergrundbahn. Und dann nahm er einen Wagen, der ihn viele Meilen nordwärts trug, und er steckte seinen Kopf gewaltig aus dem Wagen, ob er nicht noch vielleicht das Grabmal des Präsidenten Grant erblicken könnte. Dann sah er auf die Uhr, eilte zur Untergrundbahn hinunter, fuhr nach dem Gasthof, bezahlte die Rechnung (und das war eine Rechnung!), griff nach seinem Koffer, warf sich wieder in die Untergrundbahn, kaufte die Grüne Linie hinauf, stieg am Times Square aus, nahm den Downtown-Express zum Pennsylvanienbahnhof, betrat ihn von der Untergrundbahn aus und fuhr nach Hause.

Und er folgte zu seinen Freunden: „Ich habe

so genannte „Reinigungsarbeit“ geleistet wird. Dabei geht es ziemlich wahllos zu. Einmal trifft es den radikalen Sturz, der dem „Opportunisten“ Smeral zu links ist, das anderemal packt man wieder bei denen an, welche angeblich die „Bourgeoisie“ in der Partei spielen. Zu dieser Gruppe wird, wie das „Pravo lidu“ meldet, von den Brünner Jungkommunisten der dortige Führer der Partei, Karl V a n e l, gerechnet, den folgende Affäre dieser Tage gezwungen hat, sämtliche Funktionen in der kommunistischen Partei niederzulegen: Die Kommunisten von Hussowitz fordern die Aufhebung des Lichtspieltheaters, das dem Brünner Konsumverein gehört und das diesem jährlich 80.000 Kronen einbringen soll, um einen Turnsaal für ihre Föderation daraus zu machen. Um nun — diese 80.000 Kronen zu schützen, rief der Kommunist Vanel, unterstützt von seinem Genossen K o v a n d a, dem nun auch der Ausschluß droht, die Polizei gegen die kommunistischen Arbeiter. Zweierlei ist an dieser Geschichte interessant: erstens, wie die Einheitsfront innerhalb der Kommunisten selbst aussieht, zu deren Bildung sie andere Parteien auffordern, und zweitens, welche Sorgen die Kommunisten angesichts der heutigen Lage überhaupt haben.

lands, M o l l e n b u h r, selbst ein Stück Parteigeschichte. Er erzählte daß die deutsche Sozialdemokratie etwas älter sei als die tschechische, daß sie bereits den 50. Geburtstag gefeiert habe, weil in Deutschland die ersten Vorläufer des Sozialismus gewirkt haben. Das Proletariat aller Länder kämpft seit mehr als fünfzig Jahren für die gleichen Ideale, weil es unter der gleichen politischen Unterdrückung und wirtschaftlichen Ausbeutung leidet. Dieser gemeinsame Kampf wird auch die endgültige Befreiung des Proletariats zustande bringen. Niekner beglückwünscht die tschechische Partei und wünscht, daß ihre Bewegung wachse und gedeihe. Friede, Freiheit und Brot war die Parole der Arbeiterschaft und wird es auch weiter bleiben.

Von stürmischem Beifall empfangen, sprach sodann als Vertreter der deutschen Sozialdemokratie in der Tschechoslowakischen Republik Genosse N i e k n e r. Er führte in tschechischer Sprache aus:

Der Parteivorstand der deutschen Sozialdemokraten in der Tschechoslowakischen Republik hat mir die Ehre erwiesen, Ihnen zum Jubiläum Ihrer Partei die herzlichsten Glückwünsche zu übermitteln.

Fünfzig Jahre Arbeit für die sozialdemokratischen Grundätze, das bedeutet mehr als die meisten unserer jüngeren Genossen zu ermessen vermögen. Fünfzig Jahre: das bedeutet leidenschaftliches Ringen und harten Kampf! Das bedeutet ebensoviele Jahre grimmigen Hasses der Beguer, das bedeutet Verfolgung, Einkerkelung, Verfolgung.

Als vor fünfzig Jahren Ihre Vorläufer daran gingen, die tschechische Arbeiterschaft für den Sozialismus zu gewinnen, da hatten diese Männer aber noch einen weit ärgeren Feind, als es die brutalen politischen und sozialen Gegner der Arbeiterschaft waren, das war der Indifferentismus der Massen. Die deutschen Arbeiter haben früher oft ein Lied gesungen, das diesen Gedanken zum Ausdruck bringt:

„Den Feind, den wir am tiefsten hassen Das ist der Unverstand der Massen!“

Diesen Feind zu besiegen, war das schwerste Stück Arbeit. Das erforderte jahrzehntelange Aufklärungs- und Bildungsarbeit in den Organisationen, in den Werkstätten, in Presse und Parlament. Noch ist hier viel zu tun, aber auch diese letzte Arbeit wird noch geleistet werden.

Wir deutschen Sozialdemokraten nehmen an Ihrer heutigen Feier umso freudiger Anteil, als wir mit Ihnen in früheren Jahrzehnten Schulter an Schulter gekämpft und manchen Sieg gemeinsam errungen haben.

Wohl trennen uns jetzt manche Meinungsverschiedenheiten; der Krieg und die gewaltigen Ereignisse, die ihn begleiteten, blieben auch auf

das kleine, alte New York gesehen, und siehe, es ist ein Erdbeben!

Aber New York hat ebensowohl eine Hochbahn — und er wußte es nicht. Und es hat Wagen, die auf und unter den Straßen verkehren, und Omnibusse, die in die Fifth Avenue fahren, und Aussichtswagen mit einem Manne, der durchs Schallrohr Auskunft gibt. Und es hat Kirchen und Bibliotheken und Kunstgalerien — und er hatte nichts gesehen als die Untergrundbahn.

Und so kommt mancher Mensch in eine fremde Stadt, jagt dort dem unterirdischen Leben nach und sagt dann: „Es ist eine schlechte, verkommene Stadt!“ Aber die Stadt wäre nicht schlecht, wenn nicht schlechte Menschen schlecht in ihr handelten.

Und, meine Lieben, es gibt Menschen, die in der Untergrundbahn durchs Leben fahren: sie ahnen kaum, wie groß die überirdische Welt ist und wie edel ein Mensch zu leben vermag, der sich in höherer Sphäre zu erhalten weiß.

Und ich erwidere diese Dinge und sagte in meinem Herzen, daß ich das Leben eines Menschen leben will, der sich diese Welt zum Besten dienen läßt und der in ihr mehr erschaut als das, was vom Leben am Untergrunde erschaut werden kann.

(Uebersetzt von Max G a n e l.)

uns nicht ohne Wirkung. Lassen Sie mich aber die Zuhörer aussprechen, daß diese Perzeption einmal wieder ein wenig wird und daß wieder die große geschlossene, einige nationale entsteht. Wir wollen keinen Augenblick vergessen, daß uns das Schicksal mit Euch auf einen Boden gestellt hat, daß uns die Idee des Sozialismus verbindet und daß uns die Notwendigkeit und die gemeinsame Sache zusammenführen muß.

In diesem Sinne rufe ich Ihnen im Namen der Parteivertretung der deutschen Sozialdemokraten ein herzlichliches „Na zdar“ zu!

Genosse K i e f e r (Dänemark) sprach in dänischer und deutscher Sprache und hob hervor, daß die Sozialdemokratie in Dänemark nicht gespalten wurde. Trotzdem die Partei nicht in der Regierung ist, hat sie einen großen Einfluß auf die Geschicke des Landes. Namens der tschechischen Sozialdemokratie der Republik Oesterreich sprach der Wiener Landtagsabgeordnete B a v r o u d e k, namens der Sozialdemokratie Belgiens A i o l a, der die furchtbaren Leiden der georgischen sozialdemokratischen Arbeiter schilderte, die unter der Knechtschaft Moskaus seufzen. In Vertretung der ukrainischen Sozialdemokratie sprach Genosse Prof. M a t u s h e n k o, namens der Prager tschechischen sozialdemokratischen Organisation A b g. J o h a n i s, worauf eine Reihe von Begrüßungsschreiben und Depeschen, darunter von der polnischen, belgischen, schwedischen, norwegischen, bulgarischen, karpathorussischen Sozialdemokratie, der Partei der Sozialrevolutionäre Rußlands, dem Büro der II. Internationale, Vandervelde, Tuszar und dem Ministerpräsidenten Benes verlesen wurden.

Hierauf ergriff zum ersten Punkt der Tagesordnung: Fünfzig Jahre Kämpfe im Dienste der Arbeiterbewegung Senator Dr. S o u k u p das Wort. Er ging zunächst davon aus, daß die Sehnsucht nach Befreiung die unterdrückten Massen aller Zeiten befeuert hat. Dennoch beginnt die Geschichte des modernen, des wissenschaftlichen Sozialismus erst mit Karl Marx, dessen Wirken auch die tschechischen Arbeiter für den modernen Sozialismus gewonnen hat. Drei Generationen haben in der sozialdemokratischen Bewegung bisher gearbeitet. Die erste Generation der siebziger und achtziger Jahre, das waren die Begründer und Märtyrer der Partei. Die Generation der neunziger Jahre und der ersten Jahre des zwanzigsten Jahrhunderts waren die Aufbauer. Die jetzige Generation sei die Generation der sozialistischen Praxis. Ähnlich zerfällt die Geschichte der Partei in drei Epochen. Die erste war der Kampf um die Taktik der Partei im Anfang, womit der Redner den Kampf von Kommunismus und Sozialismus von heute vergleicht. Die zweite Epoche war die des Aufbaus, die dritte Epoche gilt der praktischen Verwirklichung des Sozialismus. Soukup schilderte den glänzenden Aufstieg der Partei, der seinen Höhepunkt im Jahre 1920 durch Abgabe von anderthalb Millionen Stimmen für die Sozialdemokratie erreichte. Daran ermesse man das Verbrechen, das die Kommunisten begangen haben, indem sie die einheitliche Partei zerstückelten. Aber der Gedanke der Sozialdemokratie lebt, die Partei ist wieder in der Konsolidierung und im Aufstieg, sie wird im Sinne ihrer fünfzigjährigen Tradition für die tschechische Arbeiterschaft weiterwirken. Redner schloß mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie und auf die Internationale.

Der zweite Redner des Tages, Präsident des Abgeordnetenhauses T o m a s e l, beschäftigte sich mit den künftigen Aufgaben der Partei. Er stellte die Frage: Was lehrt die fünfzigjährige Geschichte der Partei? Sind die Aufgaben, die sich die ersten Vorläufer des Sozialismus gestellt haben, erfüllt? Nein! Wir sind ein gut Stück Wegs vorwärts gekommen, aber die Verwirklichung des Sozialismus bildet noch immer unsere und unserer nächsten Generation Aufgabe. Es gibt viele, die die gewaltige Arbeit, die nach fünfzig Jahren noch zu leisten bleibt, mit einemmal vollbringen möchten. Das ist nicht möglich. Die Partei hat die Spaltung in ihren eigenen Reihen überwunden, sie ist konsolidiert. Die tschechische Arbeiterschaft will nicht das Verhältnismäßig kommunistischer Führer sein, die jeden Augenblick eine neue Politik erfüllt. Tomasek hob sodann hervor, was die tschechischen Arbeiter für die Selbständigkeit der Nation getan haben. Er erinnert an den Kampf um die Selbständigkeit in den Gewerkschaften, der ein Teil des Befreiungskampfes der Nation gewesen ist. Er gedenkt der innigen Beziehungen zwischen den tschechischen und slowakischen Arbeitern, die die Einheit der tschechoslowakischen Nation vorbereitet haben. Er verweist weiter auf die Arbeit der Sozialdemokraten in den Legionen und in der auswärtigen Revolution. Die tschechischen Sozialdemokraten werden die Republik schützen, sie werden auf dem Wege der politischen Demokratie zur wirtschaftlichen Demokratie gelangen. Das sind die jetzigen Vertrauensmänner denjenigen, die vor ihnen gelebt haben, und ihren Nachkommen schuldig. Die tschechische Sozialdemokratie wird dabei ihrer internationalen Pflichten stets eingedenk sein.

Hierauf stellte Genosse N i e m e c namens der Parteivertretung folgende Anträge: Einen Antrag zur Schaffung eines Fonds zwecks Erbauung eines Hauses für die Arbeiterakademie und die Arbeiterturnvereine, Aufstellung einer Denktafel im Lidobe Dum, Entsendung einer Deputation zum Präsidenten Masaryk. Dann dankte ein Teilnehmer noch dem Parteivorstandenden N i e m e c für sein jahrzehntelanges Wirken in der Partei, worauf der Vorsitzende ein feierliches Schlußwort hielt.

Der Verbandstag des internationalen Metallarbeiterverbandes.

Karlsbad, 30. September. (Eigenbericht.) Der zweite Verbandstag des internationalen Metallarbeiterverbandes wurde heute nachmittags im Saale des Hotel Schützenhaus eröffnet. Umgeben von grünem Pflanzenschnur, grüßte die Wüste Karl Marx's die aus allen Teilen der Republik erschienenen Delegierten und Blumenzierten die Tafel, an der in besonders großer Zahl auswärtige Delegierte Platz genommen haben. Nachdem ein Arbeiterchor gesungen hatte, eröffnete der Verbandsobmann

Abgeordneter Kaufmann kurz nach drei Uhr nachmittags die Beratungen unter Hinweis auf die großen Aufgaben, die dem Verband gestellt seien. Gerade in der Metallindustrie verursacht die gegenwärtige Krise die furchtbarsten Verheerungen und 60 Prozent der Mitglieder des Verbandes sind arbeitslos oder Kurzarbeiter. Da an der Krise, wie sie sich besonders bei uns auslebt, die Regierung dieses Staates einen großen Teil der Schuld trägt, dürfen die Metallarbeiter ihre Hoffnung nicht auf die Hilfe dieser Regierung setzen, sondern sie müssen sich auf ihre eigene Kraft verlassen. Alles, was uns der Unsturz gebracht hat, steht auf dem Spies: Die Betriebsdemokratie, so ist es der Wille der Unternehmer, soll wieder beseitigt werden. Der Achtstundentag ist in Gefahr, die soziale Gesetzgebung liegt im argen und Hunderttausende leiden Not und Elend. Die Offensive der Reaktion wird von Tag zu Tag deutlicher und in den eigenen Reihen der Arbeiter tobt der Bruderkrieg. So soll von diesem Verbandstag aus behauptet werden, daß die Metallarbeiterschaft sich einig und geschlossen gegen jede weitere Christensverschlechterung zur Wehr setzen wird. — Unter dem lebhaftesten Beifall der Delegierten begrüßte Genosse Kaufmann dann die Vertreter der ausländischen Organisationen: Brownh-England, Sande-Deutschland, Van Valkelen-Belgien, Brunner-Schweiz, Beder-Danz-Holland, Raddy-Ungarn, Janson-Norwegen und ganz besonders den Vertreter des tschechischen Verbandes, Genossen Dondr. Die Genossen Hansen-Dänemark und Domes-Wien wurden in letzter Stunde am Erscheinen verhindert.

Die Versammlung gedachte ehrend der seit dem letzten Verbandstage verstorbenen 637 Mitglieder und im besonderen des Genossen Seliger.

Nach Annahme der Geschäftsordnung und Bestellung der einzelnen Kommissionen begrüßte Senator Genosse Löw namens der westböhmischen Arbeiterorganisationen und Genosse Dr. Simon namens des Stabrates Karlsbad den Kongress. Dann sprach, lebhaft begrüßt, Brownh, der ein Bild der wirtschaftlichen Kämpfe in England gab, ferner Sande, der den Aufstieg der deutschen Arbeiterbewegung und die Kämpfe schilderte, die das deutsche Proletariat gegen die völlige Verelendung zu führen gezwungen ist. Er mahnt, die Einheit der Bewegung zu schützen. Van Valkelen verwies auf die Schwierigkeiten, die die belgische Arbeiterbewegung zu überwinden hätte und die Schäden, die durch die kommunistische Propaganda verursacht wurden.

Brunner-Bern

gab eine Darstellung der Krise, von der die Schweizer Arbeiter, besonders die der Uhrindustrie, heimgegriffen wurden. 86,7 Prozent der Arbeiter waren 1921 arbeitslos, die Mittel der Gewerkschaften wurden erschöpft und die Unternehmer benötigten die Gelehrtheit, die Löhne abzubauen. Die Eroberung des Achtstundentages in Deutschland, Österreich und der Tschechoslowakei brachte diese Errungenschaft auch den Schweizer Arbeitern. Die kommunistische Bewegung in der Schweiz ist überwunden, die Anschläge der Reaktion konnten zurückgewiesen werden.

Danz-Holland sagte, die Friedensverträge könnten auf diesen Namen keinen Anspruch erheben. Die holländische Arbeitererschaft ist in vielen Organisationen zerstückelt, was ein Hindernis für den wirtschaftlichen Kampf bildet. 70 Prozent der Arbeiter sind arbeitslos. Gegenwärtig wird der Kampf um die Erhaltung der 48stündigen Arbeitswoche geführt.

Raddy-Ungarn

schilderte den Leidensweg, den das ungarische Proletariat gehen mußte. Von den 50.000 Budapest-Mitgliedern des Metallarbeiterverbandes sahen mehr als die Hälfte im Arrest, aber alle Versuche, die Arbeiter vom sozialistischen Gewerkschaften abzubringen, sind gescheitert. Versammlungen in Budapest dürfen nur im Beisein von Polizeibehörden abgehalten werden und in der Provinz sind Versammlungen überhaupt unmöglich. Von dreißig Versammlungen wurden 29 verboten. Streiks und Aussperrungen wechseln miteinander ab. Der Verband hatte heuer 336 Streiks, an denen 1.456.000 Arbeiter beteiligt waren. Trotz aller Kämpfe verlieren die Mitglieder nicht den Mut. Die Arbeiter haben ein furchtbares Lehrgeld zahlen müssen und nichts wird in der Zukunft sein, die Einheit der Bewegung wieder zu stören. Redner bringt dann die Grüße der österreichischen Genossen.

Janson-Norwegen bespricht die Verhältnisse in seinem Lande und besonders in der Schiffbauindustrie. Durch gesetzliche Maßnahmen wurde ein Lohnabbau durchgeführt, der kommende Winter wird in Norwegen große Arbeitslosigkeit bringen.

Dundr-tschechischer Verband

sprach namens der 100.000 tschechischen organisierten Metallarbeiter seine Genugtuung über die freundschaftlichen Beziehungen aus, die zwischen den Metallarbeiterorganisationen in diesem Staate bestehen. Er sagte, daß wir alle unter den gleichen wirtschaftlichen Verhältnissen litten und das uns der gleiche Gegner gegenüber stände. Wir müssen uns daher auf einer Plattform finden. An der einheitlichen Front der Arbeiterklasse werden alle Angriffe der Bourgeoisie abprallen. Morgen wird dann in die eigentliche Tagesordnung eingegangen werden.

Verband der deutschen Selbstverwaltungskörper.

Hauptversammlung in Gablonsz.

Gablonsz, 30. September. (Eigenbericht.) Heute wurde in der Gablonsz Turnhalle die diesjährige Hauptversammlung des Verbandes der deutschen Selbstverwaltungskörper eröffnet. Als Vertreter des Klubs der Abgeordneten der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei nimmt Abgeordneter Genosse Cermak an den Beratungen teil.

Den Tätigkeitsbericht erstattete Kanzleileiter Dr. Seifert. Auch das verfloßene Berichtsjahr stand im Zeichen der Abwehr der Anschläge gegen die Selbstverwaltung der Gemeinden durch willkürliche Akte der Staatsbehörden. Die tschechoslowakische Gesetzgebung ist der Autonomie nicht günstig. Die Gemeindevahlen wurden verschleppt, die Sanierung der Gemeindefinanzen konnte nicht verwirklicht werden. Die finanzielle Krise der Gemeinden steigert sich immer mehr, die Kriegsanleiheharz harzt noch immer der Lösung, die nationale Tendenz vieler Gesetze und ihre willkürliche Auslegung verletzen die staatlichen Behörden zu ständigen Übergriffen gegen die Gemeindeautonomie. Der Bericht verweist auf das Sprachengeseß, zu dem jede Durchführungsverordnung noch fehlt und das dazu bemüht wird, um die deutsche Sprache aus dem amtlichen und zwischenmenschlichen Verkehr zu verdrängen, auf die Uebergriffe der Militärverwaltung. Der Mitgliederstand des Verbandes stieg von 416 vertretenen Selbstverwaltungskörpern im Vorjahre auf 536 im Berichtsjahre, also ein Zuwachs von 120 Mitgliedern.

Zum Programmpunkt: Der Kampf um die Selbstverwaltung sprach zunächst Abgeordneter Dr. Lodgman, der hervorhob, daß der Verband eine juristisch-administrative Beratungsstelle der autonomen Körperschaften sein müsse, hingegen keine politische Kampforganisation sein dürfe, da seine Tätigkeit der Ueberzeugung aller in ihm vertretenen Parteien entsprechen müsse. Die Durchführung politischer Maßnahmen müsse den politischen Parteien überlassen bleiben. Redner bespricht weiters ausführlich die Eingriffe des Staates in die Selbstverwaltung.

Ferner referierte zu diesem Punkte Genosse Cermak, der nach einem historischen Ueberblick über die Entstehung der Doppelverwaltung die Schäden und Mängel dieses Systems besprach. Genau so wie es im alten Oesterreich nicht gelang, durch einen straffen staatlichen Zentralapparat die Völker beisammenzuhalten, so muß sich diese Unmöglichkeit auch in der Tschechoslowakei erweisen. Die ganze Entwicklung in diesem Staate führt auf die Drosselung der Selbstverwaltung hin und auf die Stärkung des staatlichen Zentralismus. Redner verweist auf den chaotischen Zustand in der Organisation der höheren Selbstverwaltungskörper, Bezirksverwaltungs-Kommissionen, Landesverwaltungs-Ausschüssen, der eine jede fruchtbare Arbeit der Gemeinden unmöglich macht. Unser nächstes Ziel muß eine in allen Instanzen freie Selbstverwaltung auf Grundlage der nationalen Autonomie sein. Dann werden auch die nationalen Kämpfe ihr Ende finden. Redner warnt aber davor, das gegenwärtige Stadium zu pessimistisch zu betrachten und einer positiven Hoffnungslosigkeit Platz zu geben. Auch der gegenwärtige unhaltbare Zustand ist nur ein historisches Stadium im Kampfe um die freie Selbstverwaltung. Er beantragte eine Resolution, in der festgestellt wird, daß die staatliche Gesetzgebung und Verwaltung von dem Bestreben geleitet ist, die freie Selbstverwaltung der Staatsbürger einzuschränken und aufzuheben, um an ihre Stelle die bürokratische Zentralgewalt zu setzen. Dieses Bestreben hängt insbesondere mit dem falschen Charakter des Staates als eines Nationalstaates zusammen und muß von den deutschen Gemeinden und Bezirken mit den ihnen jeweils zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpft werden. Die freie Gemeinde kann nur in einem freien Staat gedeihen. Der Staat, welcher sich gegen die Selbstverwaltung seiner Bürger wehrt, kennzeichnet sich dadurch selbst als Zwangsstaat und kann keineswegs auf verständnisvolle Mitarbeit seiner Bewohner rechnen.

Zum nächsten Punkt: Die finanzielle Lage der Selbstverwaltungskörper referierten Bürgermeister Walter Teplik und Bürgermeister Genosse Bözl-Auffig. Letzterer empfahl als Maßnahmen zur Sanierung der Gemeindefinanzen: Erschließung weiterer ergiebiger Steuerquellen für die Gemeinden, Entlastung der Gemeinden von den Arbeiten des übertragene Wirkungsbereiches oder angemessene Entlohnung hierfür, allgemeine Erhöhung des Anteiles der Selbstverwaltungskörper am Ertragnis der Luxus- und Umsatzsteuer, erhöhter Anteil an den staatlichen Steuererträgen, Regelung der Beiträge der Großunternehmungen, Herabsetzung der Kohlen- und Verkehrsteuer, Abschaffung der geschwundenen Beihilfen der Landesfonde am Ertragnis der Luftfahrtsabgaben, gemeinnützigen Bildungs- und Humanitätsanstalten der Selbstverwaltungskörper ist die uneingeschränkte persönliche Steuerfreiheit zu gewähren. Weiters Einlösung der Kriegsanleihe der Gemeinden, Bezirke und Gemeindepfaffen, Uebertragung der Guthaben der Selbstverwaltungskörper und Gemeindepfaffen bei der Wiener Postsparkasse und Rückzahlung in tschechoslowakischer Währung, Einlösung der Vorkriegsrenten und Erlassung der Heranziehung der Bezirke und Gemeinden zur Deckung des Anleihebedarfes des Staates, fristgerechte Vorkauf und Einhebung der Staatssteuern und der Selbstverwaltungszuschläge. Obwohl die von Genossen Cermak vorgeschlagene Resolution als auch die Vorschläge des Genossen Bözl wurden angenommen.

Zum nächsten Punkt der Tagesordnung:

Der Kampf um den Wald referierte Bürgermeister Siegel-Trautenau. Nach seinem Referat wurde die Debatte abgelehrt, an der sich die Genossen Schwesichart und Fritsch sowie Dr. Lodgman beteiligten. Hierauf wurde eine Entschließung angenommen, in der die Verammlung Verwahrung gegen die Absicht der Regierung einlegt, die Waldungen der Bezirke und Städte zu enteignen oder in staatliche Verwaltung zu übernehmen. Sie fordert, daß das Eigentum und die freie Verwaltung des gesamten Grundbesitzes der Gemeinden und Bezirke unangestastet bleibt. Sollte die Enteignung privater Waldwirtschaften durchgeführt werden, so erhebt die Verammlung Anspruch auf die Zuweisung des enteigneten Waldbesitzes an die Gemeinden und Bezirke, in deren Gebiet der betreffende Wald gelegen ist. Zu seiner Bewirtschaftung müßte es den Gemeinden und Bezirken freistehen, sich zu Zweckverbänden zusammenzuschließen.

Ausland.

Deutschlands innerpolitische Lage.

Der deutsche Reichstag, der in 14 Tagen wieder zusammentritt, wird eine außerordentlich gefährliche innerpolitische Situation vorfinden. Die Teuerung aller Lebens- und Bedarfsartikel hat einen geradezu unerträglichen Grad erreicht, und wenn auch die Entwertung der Mark vorläufig zum Stillstande gekommen ist, gehen die Preissteigerungen doch noch immer weiter. Für die breiten Massen der Bevölkerung besteht überhaupt keine Möglichkeit mehr, über den dringendsten Tagesbedarf hinaus zu kaufen, und selbst für das unbedingt Notwendige fehlen den Minderbemittelten jetzt schon die Mittel. So ist es eine Tatsache, daß Kohlen von sehr vielen Leuten nicht mehr abgenommen werden können, weil sie die hohen Preise dafür nicht zahlen können. In der Ausübung der Notlage der Bevölkerung stehen die Agrarier wie gewöhnlich an erster Stelle. Sie erklären jetzt, daß der Preis für das Umlagegetreide entgegen den gesetzlichen Bestimmungen auf einen Stand gebracht werden muß, der nicht weit unter dem Weltmarktpreis steht. Das würde bedeuten, daß der Preis für Brot so hoch steigen würde, daß dieses für die unbemittelten Volksteile zu einem Luxusartikel werden würde. Die bürgerlichen Parteien wollen den Forderungen der Agrarier auch zustimmen. Dagegen ist die Vereinigte Sozialdemokratie entschlossen, ihnen den ernstesten Widerstand entgegenzusetzen. Durch die Vereinigung hat sich der sozialdemokratische Einfluß im Parlamente wesentlich verstärkt und es wird in der Partei vielfach gefordert, daß die Reichstagsfraktion, wenn die Erhöhung des Preises für das Umlagegetreide von den bürgerlichen Parteien beschloffen werden sollte, daraus die Konsequenzen ziehen und aus der Regierung austreten soll.

Der heutigen Nummer liegt ein Erlaßschein zwecks Einzahlung der Bezugsgebühr bei. Wir machen besonders darauf aufmerksam, daß die Einzahlung unter demselben Namen geleistet werden muß, unter welchem der Versand der Zeitung erfolgt.

Die Bezugsgebühr beträgt monatlich K 16.—, vierteljährig K 48.—, halbjährig K 96.—, ganzjährig K 192.— und ist stets im Vorhinein zu entrichten. Der Abonnementsbetrag muß längstens bis 7. in unserem Besitz sein und eruchen wir dies zu berücksichtigen, damit keine Unterbrechung in der Zustellung eintritt.

Die Entstehung der tschechischen Sozialdemokratie.

(Zu ihrem 50jährigen Jubiläum.)

(Schluß.)

Noch in demselben Jahre (1872) traten Pecla und sein Hauptmitarbeiter Ladislav Zapotocky in Verbindung mit den tschechischen und deutschen Arbeitern Wiens. In den „Dělnické Listy“ befanden sich seit Pecla deren Zeitung übernahm, häufiger Wiener Korrespondenzen. Anlässlich der Wiener Weltausstellung von 1873 segten eine Anzahl tschechischer Arbeiter aus Prag durch, daß ihnen Subventionen für eine Reise nach Wien zur Besichtigung der Ausstellung gewährt wurden und sie sahen sich nicht bloß die Erzeugnisse der Industrie und des Gewerbfleißes an, sondern kamen häufig mit den Führern der Wiener Arbeiter zusammen, mit denen sie bis in die späte Nacht diskutierten. Sie haben in Wien damals viel gelernt und fühlten sich nach ihrer Ankunft in Prag belebt und gestärkt für die kommenden Kämpfe. Aber sie hatten in Wien auch manches gesehen, was ihnen weniger gefiel und was sie als eine große Gefahr für die junge tschechische Arbeiterbewegung ansahen. In dem Jahre ihres Besuchs traten in der Wiener Arbeitererschaft die Gegensätze auf, die später zur Zerstückung und Zerlegung der Arbeiterbewegung Oesterreichs geführt haben, die Meinungsunterschiede zwischen Gemäßigten und Radikalen, zwischen Heinrich Oberwinder und

Andreas Scheu. Jeder der beiden Männer wollte die tschechische Arbeitererschaft für seine Fraktion gewinnen und Oberwinder war sogar in Prag, um Pecla und seine Freunde auf seine Seite hinüberzuziehen. Die tschechischen Arbeiter aber hatten wenig Lust, sich in den Streit der Wiener einzumengen und waren mit allen Kräften bemüht, den Streit von ihrer kaum geborenen Bewegung fernzuhalten. Sie beschlossen daher, zunächst eine selbständige tschechische Arbeiterbewegung zu schaffen, wenn auch in enger geistiger Anlehnung an die Arbeitererschaft der anderen Nationen des vielsprachigen Oesterreich. Im Jänner 1874 veröffentlichten sie ihr Programm, das beinahe völlig mit dem Eisenacher Programm übereinstimmt und wodurch die innige geistige Verbundenheit der tschechischen und deutschen Arbeiterbewegung in ihren Anfängen zum Ausdruck kommt. Seitdem bezeichneten die tschechischen Arbeiter ihr Blatt offen als sozialdemokratisches.

In demselben Jahre noch führten die Organisationsform als zentralistisch und darum den Interessen der tschechischen Nation widersprechend verwarf. Die Redaktion der „Dělnické Listy“, welche zuerst den Neubörsler Parteitag und das dort angenommene Programm verteidigte, wich vor den Angriffen der Jungtschechen immer mehr zurück, unter den Mitarbeitern des Blattes brachen Streitigkeiten aus, die im Sommer 1874 zum Austritt des entschiedenen sozialdemokratischen internationalen Flügels unter der Führung Peclas aus dem Blatte führten. Damit waren dem Blatte die energiesten besten Mitarbeiter abhanden gekommen, die Anzahl der Leser nahm immer mehr ab, seitdem begeistert das Blatt und ging 1876 gänzlich ein. So hatte diese Zeitung, welche in der Geschichtsbildung der tschechischen Arbeitererschaft eine große Rolle spielt, nur eine kurze Lebensdauer gehabt. Pecla und seine Freunde ließen den Mut nicht sinken und begründeten kaum nach ihrem Austritt ein neues Blatt, die „Budoucnost“, deren erste Nummer am 1. Oktober 1874 erschien. Kaum war die Zeitung gegründet, da brach im Gefolge des Krachs von 1873 eine schwere Wirtschaftskrise über die tschechischen Arbeiter herein, die dem jungen Blatte ein baldiges Ende zu bereiten schien. Aber Pecla und die Seinen hielten tapfer aus, und die Arbeiter brachten große Opfer für ihr Blatt, sodaß es sich erhalten und 1875 auf dem Kongress zu Marzegg als tschechisches Organ der österreichischen Sozialdemokratie anerkannt werden konnte. Von 1875 bis 1878 trug die „Budoucnost“ den Untertitel „Organ der sozialdemokratischen Partei“.

genommen wurde und in dem sich die deutschen ebenso wie die tschechischen sozialdemokratischen Arbeiter auf den Standpunkt des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen stellten.

Der Parteitag von Neubörsel war ein Sieg der Anhänger Scheus über Oberwinder, ein Sieg der Marxisten über die Lassalleaner, — auch in der tschechischen Arbeitererschaft.

Das Resultat des Kongresses war für die tschechische Arbeiterbewegung merkwürdigerweise nicht sehr erfreulich. Unter den tschechischen Arbeitern herrschten über das Resultat des Kongresses und das dort angenommene Programm zweierlei Meinungen. Der Streit bezog sich durchaus nicht auf die Frage, ob Marx oder Lassalle — die war entschieden. Was die tschechische Arbeitererschaft in zwei Lager teilte, war das nationale Problem. Die tschechischen Arbeiter standen noch stark unter dem Einflusse des politisch agilen und damals streng liberalen Jungtschechentums, welches den Kongress als eine Unterwerfung der tschechischen Arbeitererschaft unter die deutschen sozialdemokratischen Führer bezeichnete und die dort geschaffene

*) Als das erste Nationalitätenprogramm kann das vom 30. August 1868 bezeichnet werden, worin es heißt: „In nationaler Hinsicht wahr die sozialdemokratische Partei das Selbstbestimmungsrecht der Nationen.“ Man sieht also, daß das Selbstbestimmungsrecht keine Erfindung der deutschen Sozialdemokratie in der tschechoslowakischen Republik nach dem 28. Oktober 1918 ist, sondern daß diese Forderung ein Verlangen der sozialdemokratischen Arbeitererschaft seit dem Entstehen der Sozialdemokratie darstellt.

Organisationsform als zentralistisch und darum den Interessen der tschechischen Nation widersprechend verwarf. Die Redaktion der „Dělnické Listy“, welche zuerst den Neubörsler Parteitag und das dort angenommene Programm verteidigte, wich vor den Angriffen der Jungtschechen immer mehr zurück, unter den Mitarbeitern des Blattes brachen Streitigkeiten aus, die im Sommer 1874 zum Austritt des entschiedenen sozialdemokratischen internationalen Flügels unter der Führung Peclas aus dem Blatte führten. Damit waren dem Blatte die energiesten besten Mitarbeiter abhanden gekommen, die Anzahl der Leser nahm immer mehr ab, seitdem begeistert das Blatt und ging 1876 gänzlich ein. So hatte diese Zeitung, welche in der Geschichtsbildung der tschechischen Arbeitererschaft eine große Rolle spielt, nur eine kurze Lebensdauer gehabt.

Pecla und seine Freunde ließen den Mut nicht sinken und begründeten kaum nach ihrem Austritt ein neues Blatt, die „Budoucnost“, deren erste Nummer am 1. Oktober 1874 erschien. Kaum war die Zeitung gegründet, da brach im Gefolge des Krachs von 1873 eine schwere Wirtschaftskrise über die tschechischen Arbeiter herein, die dem jungen Blatte ein baldiges Ende zu bereiten schien. Aber Pecla und die Seinen hielten tapfer aus, und die Arbeiter brachten große Opfer für ihr Blatt, sodaß es sich erhalten und 1875 auf dem Kongress zu Marzegg als tschechisches Organ der österreichischen Sozialdemokratie anerkannt werden konnte. Von 1875 bis 1878 trug die „Budoucnost“ den Untertitel „Organ der sozialdemokratischen Partei“.

Tages-Neuigkeiten

Großstadteleid. Eine Warnung an arbeitssuchende Mädchen aus der Provinz, bildet eine Mitteilung, die uns von der Polizei zugekommen ist und in der es heißt: Im September kamen wegen Beschäftigungslosigkeit in der Provinz zahlreiche junge Mädchen nach Prag. Im ganzen meldeten sich 510 in den öffentlichen Dienstvermittlungsanstalten, von denen 160 untergebracht wurden, während 350 beschäftigungslos blieben. Außer auf den 96 vorhandenen Nachslagern in den Vermittlungsanstalten übernahm selbst täglich 120 Mädchen, so daß etwa 60 obdachlos blieben, welche gezwungen waren, unter freiem Himmel zu übernachten. Mehrere knüpften Beziehungen mit Prostituierten an und wandten sich diesem Gewerbe zu. Wohnungs- und beschäftigungslos bleiben meistens Mädchen zwischen 14 und 16 Jahren, die für den Dienst notwendigen Arbeiten nicht verrichten können.

Schweres Eisenbahnunglück bei Sebusen. Aus Kuffig wird uns telephonisch gemeldet: Bei der Einfahrt der Personenzug von Schredenstein gegen halb 10 Uhr vormittags entgleisten die letzten zwei Wagen und stürzten um. In den Wagen befanden sich zahlreiche dienstfreie Eisenbahner und Zivilpersonen, die zum Teil sehr ernstlich verletzt wurden. Am schwersten verletzt wurde der Eisenbahner Malý, dem ein Bein herausgerissen wurde und weiters der Eisenbahndienstete Bedlich, der sich einen komplizierten Armbruch zuzog. Beide wurden in das Kuffiger Krankenhaus überführt. Ueber die Ursache des Unglücksfalles ist bis jetzt nichts weiter bekannt.

Große Protestkundgebungen der Eisenbahner. Der Aktionsausschuß der koalitierten Eisenbahnerorganisationen hat gegen den von der Regierung projektierten Abbau der Teneungsanlagen für die nächsten Tage Protestversammlungen einberufen. Die Protestversammlungen finden statt: Heute, den 1. Oktober, in: Budweis, Czop, Karlsbad, Raun, Nymburg, Reubaus, Sillein, Dienstag, den 3. Oktober, in: Böhm.-Trübau, Mittwoch, den 4. Oktober, in: Böhm.-Leipa, Donnerstag, den 5. Oktober, in: Kreibitz-Teichstätt, Samstag, den 7. Oktober, in: Halbstadt, Jagan, Lundenburg, Oderberg, Mähr.-Ostrau und Sonntag, den 8. Oktober, in: Eger, Prerau, Teschen, Trautenau, Znam und Troppau.

Kapitalistische Rohheiten. Der „28. Bije“ reproduziert folgenden Ausspruch, den angeblich die Brüner Fabrikanten gebogenen Möbels auf einer Beratung dieser Tage getan haben: „Und selbst wenn die Arbeiter umsonst arbeiten sollten, müssen wir unsere Fabriken schließen.“ Gefagt, getan. Denn heute sind bereits alle Arbeiter der 13 Fabriken der Millionäre Thonet, der Firmen Fischl u. Co. und „Mundus“ entlassen.

Der Gesundheitsminister klagt! Dr. Brabenstly hat gegen den Entbiller der Joachimsthaler Korruptionsaffäre, Dr. Bouzel die Ehrenbeleidigungslage eingebracht.

Zum Lohnabbau der Bankbeamten: für Bankneubauten ist Geld genug da! In der am 29. September abgehaltenen Sitzung der engeren Verwaltungskommission der Hauptstadt Prag wurde der anglo-tschechoslowakischen Bank der Bau eines vierstöckigen Gebäudes im Hofe des Hauses Nr. 1034 in Prag II., Hibernistulice, und der Agrarbank der Bau eines Hofgebäudes im Hause Nr. 871, Prag II., Sablitzovo nam., bewilligt.

Die „Deutsche Landpost“ weint eine Träne auf das frische Grab des herzlichsten Gefellen Konstantin. Was sie diesem brutalen und geistig ganz unbedeutenden Menschen nachzurufen, mit welchem Bedauern sie ihn auszustatten weiß, spottet jeder Beschreibung und verrät, wes Geisteskind das Blatt ist. In ihm lebt eben die unheilbare Ehrfurcht des Speichers und Agrariers

vor seiner „Majestät“ und bei jedem Ruckler eines Gefronten erstarren die Laolienfellen in Demut. Daß diesmal einer von seinem wackligen Thronchen parzelle, tut nichts zur Sache. Es ist doch schon wieder einmal von dem gnädigen Herrn sprechen und seinen Glauben dokumentieren zu dürfen, daß die Könige Götter und daß alle Lobesworte für sie zu gering sind.

Die Not der reichsdeutschen Arbeiterpresse. Wie aus Hamburg gemeldet wird, hat eine Delegiertenversammlung der Sozialdemokratischen Partei für das Hamburger Staatsgebiet beschloffen, dem Vorschlag der Parteivorstände und der Pressekommission, daß das „Hamburger Echo“ ab 1. Oktober nurmehr siebenmal wöchentlich erscheinen soll, zuzustimmen. Damit ist das einzige sozialistische Organ, das in Deutschland neben dem „Vorwärts“ noch zweimal täglich erschien, zur einmaligen Ausgabe übergegangen.

Ein Mann der Farbe bekennet. Nach einer Meldung der „Rölnischen Zeitung“ hat der frühere reichsdeutsche demokratische Abgeordnete Hecker seinen Uebertritt zur Deutschen Volkspartei mit der Begründung vollzogen, daß nach der Einigung der sozialdemokratischen Parteien nichts notwendiger sei als eine bürgerliche Sammlung unter Führung der Deutschen Volkspartei.

Der Thoner Skandal mit den Goethe-Reliquien. Im Jahre 1914 wurden für die Ausstellung in Lyon von den deutschen Städten Leihgaben zur Verfügung gestellt, unter denen sich auch eine Reihe von Goethe-Reliquien befand, die dem Frankfurter Goethehaus gehörten. Die Leihgaben sollen nun, wie wir bereits gemeldet haben, am 28. Oktober in Lyon versteigert werden. Gegen dieses jedem Rechtsgefühl höhnsprechende Vorgehen erheben sich jetzt auch in Frankreich selbst energische Stimmen, die es nicht zulassen wollen, daß Frankreich sich auf diese Weise vor der Kulturwelt blamiere. So nimmt der „Temps“ in einer seiner letzten Nummern zu dieser Angelegenheit Stellung und schreibt: „Um der Ehre Frankreichs willen dürfte es unter keinen Umständen zu diesem Skandal kommen. Wenn wirklich, wie mehrfach behauptet werde, noch zahlreiche Meisterwerke der französischen Kunst, die während des Krieges gestohlen worden seien, von Deutschland noch nicht zurückgegeben worden seien, so sei dies gleichfalls ein Skandal, der aber nicht das mindeste mit der Angelegenheit der Goethe-Reliquien zu tun habe. Sich Goethe als Austauschobjekt zu bedienen, müsse nicht nur der Respekt vor seinem Genie und seinem Geist, sondern auch die von ihm der französischen Kultur entgegengebrachte Verehrung verbieten. Aber selbst wenn es sich nicht um Goethe, sondern um Schiller, Kant oder Leibniz handeln würde, so wäre die Situation die gleiche. Die Thoner Ausstellungsgesandte seien als Leihgaben zur Verfügung gestellt worden. Man habe in Frankreich im Frieden abvertraut. Davan ändere auch der Krieg nichts. Herr Herriot, der Bürgermeister von Lyon, und Frankreich hätten ihr Wort verpfändet und die deutschen Kunstgegenstände müßten ohne weiteren Aufschub — zurückergeben werden. Was die Regelung der Rechtslage und der Administrationskosten betreffe, sei dies eine Sache, die zwischen der Stadt Lyon und der französischen Regierung auszumachen sei und es dürfe kaum schwer sein, dafür eine Regelung zu finden.“

Der Brotmangel in Rußland droht auch fernherin. In den offiziellen „Nachrichten des Allrussischen Zentralen Exekutiv-Komitees“ vom 15. September d. J. ist ein Artikel des bekannten russischen Arztes Dr. D. Schbankow erschienen unter dem Titel: „Wird Rußland 1922—23 genug Brot haben?“ Schbankow führt neue Tatsachen an, die die Verlogenheit der Erklärungen der verschiedenen Lebensmitteldiktatoren grell hervor-treten lassen, die, um den Kurs des Sonjestrubels zu stabilisieren, die Bevölkerung Rußlands neuen Hungerqualen ausliefern möchten. Er führt die

Erklärung N. Winofurov's an, die dieser in der Sitzung des Präsidiums des Zentral-Komitees der „Hungerhilfe“ gemacht hat und in der er darauf hinweist, daß nach der Einbringung der Ernte 15 Prozent der hungernden Bevölkerung ohne Brot bleiben werden. — Am 16. August wurde in der Plenarsitzung deselben Zentral-Komitees ebenfalls nach Schbankow's Worten, darauf hingewiesen, daß nach der Einbringung der Ernte gegen drei Millionen Menschen der Bevölkerung der hungernden Gouvernements nicht imstande sein würden, sich selbst zu ernähren und man ihnen ganze Jahre hindurch mit Nahrungsmitteln werde helfen müssen. Schon treffen zahlreiche Nachrichten aus verschiedenen Gegenden ein, die besagen, daß diese von einer neuen Hungernot bedroht seien. Dr. Schbankow führt diese traurigen Nachrichten an, die in den „Nachrichten des Allrussischen Zentralen Exekutiv-Komitees“ vom 11. August d. J. (über die schwere Lage Südrusslands), vom 18. und 19. August (über die Lage Kaschkiens, des Wolgagebiets, der Arim und des Wlaska-Gouvernements), wo Menschen bereits Stroh, Brennnesseln, Sägespäne, Moos und Lehm essen. Nach der Anführung dieser betäubenden Nachrichten erklärt Dr. Schbankow: „Bei solcher Lage der Ernte und des geernteten Getreides in diesem Jahre kann natürlich von einem Export ins Ausland nicht die Rede sein. Im Gegenteil, es wäre sehr wünschenswert und geradezu notwendig, Getreide aus dem Ausland zu importieren, um eine Getreidereserve für schwere Tage bereit zu halten, die für viele Gegenden nicht mehr fern und für andere bereits angebrochen sind. Aus allen diesen Gründen ist das Verbot des Volkswirtschafts für Außenhandel, aus dem Ausland Getreide und Zucker zu importieren, kaum zeitgemäß und nützlich im Interesse der Ernährung und der Gesundheit der Bevölkerung und der Wiederherstellung der Volkswirtschaft.“

Vater und Söhne zum Tode verurteilt. In Graubenz in Preußen stand dieser Tage eine Räuberfamilie vor Gericht. Die Familie, fünf Köpfe stark, hat über 30 Diebstähle, Brandstiftungen und Mordanschläge verübt und dabei 22 Menschen umgebracht. Bei der Verhandlung gestand der Räuberhauptmann ein, seine eigene Tochter vergewaltigt zu haben. Der Vater Janowski mit Namen und seine beiden Söhne wurden wegen vielfachen Mordens und Raubens zum Tode verurteilt; die beiden Töchter wurden freigesprochen.

Den Schwiegervater und sich selbst ange-schossen. In Komotau hat der Schmied Josef Zentel seinen Schwiegervater Karl Rirsch durch drei Schüsse schwer verletzt; hierauf schoß sich Zentel eine Kugel in die rechte Schläfe. Beide wurden ins Krankenhaus gebracht.

Telegramme an den „Sozialdemokrat“. Telegraphische Mitteilungen an den „Sozialdemokrat“ sind seit an die Adresse des verantwortlichen Redakteurs Dr. Emil Strauß, Prag II, Sablitzovo nam. Nr. 32 zu richten.

Eine Bibliothek für Pädagogik. Wir werden um Aufnahme folgender Mitteilung ersucht: Das Lesezimmer des Pädagogischen Instituts Komenský, Prag III, Letenská 5, wurde soeben eröffnet. Obwohl das Lesezimmer klein ist, bietet es dennoch kleineren Gruppen von Lesern genügende Bequemlichkeit. Was die Zahl und Qualität der aufliegenden Publikationen anlangt, ist es sicher die einzige Anstalt dieser Art bei uns: 150 pädagogische Zeitschriften und eine Handbibliothek, welche alle wichtigen pädagogischen Enzyklopädien, Handbücher der Schulhygiene, der körperlichen Erziehung, der Jugendfürsorge enthält, ermöglicht einen Ueberblick und das stetige Studium der pädagogischen Erörterungen und Reformrichtungen im Schulwesen, des Lebens der Lehrerschaft und der Volkserziehungsbestrebungen. Die Bibliothek der Pädagogischen Anstalt Komenský birgt schon einen solchen Reichtum an pädagogischer Literatur, die auch die Reformbestrebungen der Gegenwart berücksichtigt und so viele Schriften aus dem Gebiete der pädagogischen Hilfswissenschaften, daß jeder, welcher sich für

die Erziehung und das Schulwesen interessiert, eine ausgiebige Quelle der Belehrung dort finden kann. Provisorisch werden die Bücher täglich von 11 bis 12 verliehen. Das Lesezimmer ist jeden Mittwoch und Freitag von 15 bis 18 geöffnet.

Widerung strafgesetlicher Bestimmungen bei verwerflichen Delikten. Wie die „Tribuna“ erfährt, sind im Regierungsentwurf eines neuen Strafgesetzes die verwerflichen Delikte nicht mehr im Umfange des bisherigen Strafgesetzes mit Strafen bedroht. Es besteht die Absicht, Homosexuellen und unverbesserlichen Verbrechern gegenüber Sicherungsmittel zu verordnen, indem besondere Anstalten, ähnlich den in Amerika und in England bereits bestehenden, errichtet werden sollen.

Politische und soziale Reaktion im Hultschiner Ländchen.

Aus Hultschin wird uns geschrieben: Durch den Friedensvertrag von Versailles wurde auch das sogenannte Hultschiner Ländchen, ein Gebietstreifen, welcher sich von Troppau bis Obergberg längs der Oppa und Oder erstreckt, an die Tschechoslowakei angegliedert. Mit dieser Zuteilung wurden auch jene Kreise befriedigt, welche nach allen Richtungen hin, die Grenze weit hinauszudehnen wollten, ohne auch im geringsten der Demokratie zu gedenken und so die Abstinenz der in Betracht kommenden Völker vorzunehmen. Selbstverständlich ist auch hier wie schon überall bei solchen Eroberungen die arbeitende Bevölkerung das Opfer. Die deutschen Nationalisten im Hultschiner Ländchen toben und wütet über die tschechische Fremdherrschaft. Ihre Entrüstung über die Willkürakte der tschechischen Staatsmacht sind jedoch nichts als Komödie, denn sie haben sich mit den Exponenten der tschechischen Bourgeoisie bereits vorzüglich über die gemeinsame Ausplünderung der deutschen arbeitenden Bevölkerung geeinigt.

Die erste Tat des Regierungspräsidenten Stramek gleich nach der Besetzung des Gebietes durch die tschechischen Truppen bestand darin, daß er die von der Novemberrevolution 1918 hinweggejagten alten, bürgerlichen Gemeindevorsteher als Regierungskommissäre wieder einsetzte. In einer Gemeinde zum Beispiel hatte während des Krieges ein Großbauer seine Schändensherrschaft gegen die Arbeiter und Häuser, welche mehr als 70% der Bevölkerung des Ortes bilden, ausgeübt. Dieser Bauer wurde während des Umsturzes vom Posten eines Gemeindevorstehers davongejagt und in der darauffolgenden Gemeindevahlen wurden dessen Vertreter der Arbeiter und zwei der Bauern in die Gemeindevertretung eingesetzt. Dieser Großbauer, der sich sogar bei den Kleinhauern durch seine Kriegstätigkeit unmöglich gemacht hatte, besand sich nicht einmal unter den beiden gewählten Vertretern der Bauernschaft in der Gemeindefestung. Als ordnungsmäßig gewählter Gemeindevorsteher verfaß nunmehr diesen Posten in tabelloser Weise ein Arbeiter. Was war nun die erste Tat des Regierungspräsidenten Stramek? Er löste die gewählte Gemeindevorstellung auf und setzte als Regierungskommissär den durch die Revolution davongejagten und nicht mehr gewählten Gemeindevorsteher wieder ein! Das selbe wiederholte sich in einigen Gemeinden in ähnlicher Weise. Und dann sage noch einer, daß die tschechische und deutsche Bourgeoisie im Hultschiner Ländchen sich nicht gut vertragen!

Mit der Einsetzung der Regierungskommissäre begann aber im ganzen Hultschiner Gebiet die systematische Ausplünderung der Arbeiter und Häuser. Die ganze Steueradministrative wurde in den Dienst der schamlosesten Klassenbeutung gestellt. Obgleich in dem besetzten Ländchen alle tschechoslowakischen Steuern eingeführt wurden, erließ Regierungspräsident Stramek eine Verordnung, nach der die Gemeinden berechtigt sind, zur Personaleinkommensteuer Zusatzläge zu erheben. Diese Berechtigung hatten die Gemeinden zwar unter der preussischen Regierung, doch gab

Mit großem Interesse verfolgten die tschechischen Arbeiter in ihrem Organ die geistige Fortentwicklung der sozialdemokratischen Bewegung in Deutschland. Vom Jahre 1875 an beginnt für die deutsche Sozialdemokratie im Reiche eine neue Ära jahrzehntelangen Aufstiegs. In diesem Jahre gelang es endlich, die streitenden Brüder zu einem, auf dem Kongreß zu Gotha, zu dem die Blide in den Tagen des Nürnberger Einigungsparietages von 1922 zurückzuführen, vereinigten sich die La-falleaner mit den Eisenachern und gaben sich ein gemeinsames sozialdemokratisches Programm. Dieses Programm wurde von der „Budoucnost“ wörtlich überseht und den tschechischen Arbeitern als Beispiel hingestellt. Die österreichische Arbeiter-schaft bekannte sich gleichfalls zu diesem Programm und der Wiener-Neustädter Kongreß 1876 nahm das bisherige Parteiprogramm den Beschloffen von Gotha an. Damit war der La-falleanismus auch in Oesterreich und unter den tschechischen Arbeitern überwunden.

Zur Festigung der Organisation wurde auf dem Wiener-Neustädter Kongreß die Einberufung von Landeskongressen bzw. Parteitagen der Arbeiter der einzelnen Nationen angeregt. Ein solcher Parteitag fand in einem kleinen Gasthause auf der Prager Kleinfeste am Wenzelstage 1876 statt. Dort wurde der Grundstein zu einer eigenen tschechischen sozialdemokratischen Partei gelegt und die „Budoucnost“ der Kontrolle der tschechischen Arbeiter unterstellt. Am 10. Jänner 1878 wurde der bisherige Unterstitel des Blattes geändert, das fortan „Zentralorgan der tschechoslowakischen sozialdemokratischen Partei in Oesterreich“ hieß. Die Partei selbst konstituierte sich auf dem sogenann-

ten Parteitage zu St. Margareth, der nächst dem bekannten Kloster bei Prag am 7. April 1878 stattfand. *)

Dort wurde das Programm der tschechoslowakischen sozialdemokratischen Partei beschloffen und von diesem Tage gibt es offiziell und organisatorisch eine selbstständige tschechische Sozialdemokratie. Wenn die tschechische Sozialdemokratie ihr 50jähriges Jubiläum in diesen Tagen und nicht erst 1928 feiert, so bringt sie damit zum Ausdruck, daß nicht die formelle Konstituierung der selbstständigen tschechischen Sozialdemokratie, sondern die geistige Entwicklung der vorgeschrittenen tschechischen Arbeiter zum Marx'schen Sozialismus ihre eigentliche Geburtsstunde gewesen ist.

Bald nach dem St. Margarethner Parteitage kam dann über die tschechische Arbeiterbewegung ein Ereignis, das sie in ihrer Kraft genau so lähmte, wie die 1920 eingetretene Spaltung in Kommunisten und Sozialdemokraten. Die achtziger Jahre sind die Zeit der Ohnmacht auch der tschechischen Arbeiterklasse. Erst die Parteitage von Brünn 1887 und der österreichische Parteitag zu Hainfeld (1888—89) schufen wieder eine einheitliche österreichische und damit auch tschechische Sozialdemokratie und waren der Beginn des politischen und gewerkschaftlichen Aufstieges der tschechischen Arbeiterklasse, die sie zu einem bedeutenden politischen Faktor in der Entwicklung der tsche-

*) An diesem Parteitage nahm aus Deutschböhmen der Bäcker Ferdinand Schwarz aus Kitzbühendorf bei Reichenberg als Vertreter der österreichischen Parteizeitung teil.

chischen Nation und zur Mitgestalterin der Geschichte des tschechischen Volkes machte.

So hat die tschechische Sozialdemokratie in ihren ersten Anfängen mit denselben Schwierigkeiten, mit denselben inneren Kämpfen zu tun gehabt wie die sozialdemokratischen Parteien aller anderen Nationen. Die Männer, die an ihrer Wiege gestanden haben, haben ebenso schwere Opfer gebracht, wie die deutschen Arbeiter, die die ersten Pioniere des Sozialismus gewesen sind. Bezeichnend für die Entstehung der tschechischen Sozialdemokratie und für die ersten Jahre ihrer Geschichte ebenso wie für die folgenden, war die große Bedeutung, welche die nationale Frage für sie spielte. Die Tschechen waren im alten Oesterreich eine unterdrückte Nation, die sich aus der Dämmerung der Geschichtslosigkeit mühsam zum Lichte geschichtlichen Lebens emporwühlte und im Kampfe mit dem feudalfabsolutistischen Staat der Habsburger sich die Grundlagen ihrer Kultur erringen mußte. Der Kampf um die nationale Freiheit und die soziale Aufwärtsentwicklung ging bei den tschechischen Arbeitern darum oft Hand in Hand, er wurde die geschichtliche Grundlage nicht nur eines ständigen nationalen Flügels in der tschechischen Sozialdemokratie, sondern auch einer immerhin bedeutenden nationalen Arbeiterpartei. Den Nationalsozialisten, die 1897 als Sturmbock gegen den marxistischen Internationalismus ins Leben trat, aber die eine große Lehre aus der Geschichte der Entstehung der tschechischen Sozialdemokratie sollte nicht unbeachtet bleiben: Ihre Geburtsstunde war die Lösung von der bürgerlichen Demokratie, vom laotrisch-nationalen Kampfe der Jungtschechen, damals der Ver-

treter des kleinen Bürgertums im tschechischen Volke. Indem der geistige Begründer der tschechischen Sozialdemokratie den Trennungstreich zwischen den Arbeitern und der bürgerlichen Demokratie zog, machte er die tschechischen Proletarier erst zu Klassenbewußten Sozialdemokraten. In der Hervortreibung des Massenstandpunktes, in ihrem Anderssein gegenüber der bürgerlichen Demokratie, im Kampfe gegen die bürgerlichen Parteien und um den westerlösenden internationalen Sozialismus liegt die Vergangenheit der tschechischen Sozialdemokratie, darin sind die besten und stolze Traditionen der Partei zu suchen und um ihrer willen haben die dahingegangenen Vorkämpfer der Partei all die Opfer gebracht. Die tschechische Sozialdemokratie möge an dem Tage ihrer Feier dieser Tradition gedenken und den Geist ihrer alten Vorkämpfer nicht ganz entarten. Die tschechische Arbeiterklasse kann den Weg von der bürgerlichen zu sozialistischen Demokratie, den sie 1872 mutig und energisch beschritten hat, nicht wieder zurückgehen. Sie muß ihn kühnen Mutes und aufrechten Ganges weiterbeschreiten, eingebend der großen Aufgaben, die ihrer harren, allen Schwierigkeiten der bürgerlichen Welt zum Trotz, allen nationalen Chauvinismus zum Verdruf. Auf diesem Wege — und nur auf diesem Wege allein werden sich wohl die deutschen und tschechischen Arbeiter die Hände reichen und den ewigen Bund schließen, zum Kampfe für eine bessere Zukunft beider Nationen, zum Kampfe um den Sozialismus. Emil Strauß.

es dort ein ganz anderes Steuersystem und vor allem war die Zinssteuer eine ungleich geringere als in der Tschechoslowakei.

Aber auch in kultureller Hinsicht wurden die deutschen Arbeiter, Hausler und Kleinbauern sehr betroffen. Denn sofort nach Einlegung der tschechischen Behörden wurden in allen Gemeinden die deutschen Schulen in tschechische umgewandelt. Und so müssen die Kinder der deutschen arbeitenden Bevölkerung, welche schon einige deutsche Schulklassen hinter sich haben, entweder in die tschechische Schule, oder einen Weg von nicht weniger als zwei Stunden nach den deutschen Schulen der Nachbarstädte wandern. Wogegen es die Kinder Bourgeoisie viel angenehmer haben, denn sie erreichen die Schulen mittels Auto oder Wagen, den Arbeitern aber bleibt vielfach nichts anderes übrig als ihre Kinder gegen ihren Willen in die tschechische Schule zu schicken.

Die Bevölkerung des Hultschiner Ländchens genießt durch die sogenannte Befreiung Segnungen nach allen Seiten. Am deutlichsten aber genießt selbstverständlich vor allem die arbeitende Bevölkerung die Segnungen der Steuersysteme ihres früheren und gegenwärtigen Vaterlandes. Denn die Zuschläge zu den Einkommensteuern werden ja nur deswegen erhoben, weil der Arbeiter keine Erwerbsteuer zahlt und man ihn zur Tragung der Gemeindefürsorge nicht in jenem Ausmaße heranziehen könnte, wie es die bauerlichen Gewaltsherren der Hultschiner Gemeinden wünschen. Sramels Verordnung geschah geradezu auf Drängen der von ihm eingesetzten Regierungskommissionäre.

Selbstverständlich verstehen es nun diese Regierungskommissionäre, den größten Teil der Gemeindefürsorge auf die arbeitende Bevölkerung abzuwälzen. Auf welche Weise es die Hultschiner Agrarier, mit Hilfe des tschechischen Machtapparates verstanden haben, sich ihre eigenen Vollgenossen aus der arbeitenden Klasse tributpflichtig zu machen, ist am besten aus folgendem Beispiele ersichtlich. Ein in Mähren oder Tschechien-Schlesien unmittelbar an der Hultschiner Grenze wohnender Arbeiter, der über ein Jahreseinkommen von 22.800 Kč verfügt, hat mit Hinzurechnung des Kriegszuschlages eine Personaleinkommensteuer von 1459.12 Kč zu entrichten. Er zahlt demnach 6.4 Prozent seines Einkommens in direkten Steuern. Ein anderer Arbeiter jedoch, der eine halbe Stunde weiter, bereits im Hultschiner Gebiete wohnt, erhält zwar bei dem gleichen Einkommen dieselbe tschechoslowakische Steuerbescheinigung, hat aber eine Gemeindefürsorge zur Grundsteuer zu entrichten, die je nach der Willkür des Regierungskommissionärs 50, 100 oder 200 Prozent betragen kann. In mancher Gemeinde beträgt diese Umlage 100 Prozent, so daß ein dort anfässiger Arbeiter bei dem gleichen Einkommen 2.371.07 Kč an Steuern entrichten muß, welche 10 Prozent seines Einkommens bilden. Der Hultschiner Arbeiter wird also im befreiten Gebiete um 4 Prozent höher besteuert, als sein Massengenosse in dem angrenzenden Gebiete von Mähren oder Schlesien.

Außerdem sind die Lebensmittelpreise bedeutend höher als im angrenzenden Gebiete, woraus zu entnehmen ist, daß die dortige arbeitende Bevölkerung nach allen Möglichkeiten nach ausgezogen wird. Diesen Tribut nach allen Seiten hin hat die Hultschiner arbeitende Bevölkerung an ihre eigene Bourgeoisie und die Geschäftsleute in den Gemeinden nur deswegen zu entrichten, weil die herrschende Bourgeoisie die gewissen preußischen Bürger und Großbauern auf diese Weise mit dem neuen Vaterlande auszu söhnen versucht.

Der Abschied von der Berliner „Freiheit“.

Berlin, 30. September. Mit der heutigen Nummer hat die „Freiheit“ nach vierjährigem Bestehen ihr Erscheinen zugunsten des „Vorwärts“ eingestellt. Genosse Dittmann fordert im Leitartikel die Parteigenossen auf, einig und geschlossen wie zur Gesamtpartei auch zum „Vorwärts“ zu stehen. Genosse Stein, der von Anfang an der Redaktion der „Freiheit“ angehört hat, schildert die Geschichte des Blattes und sagt zum Schluß: „Noch immer stehen wertvolle Elemente der Arbeiterbewegung entweder abseits oder unter dem Einflusse der kommunistischen Partei. Sie von der Unrichtigkeit ihres Standpunktes zu überzeugen und mit der einheitlichen sozialistischen Arbeiterbewegung zu verschmelzen, wird nunmehr eine der vornehmsten Aufgaben der geeinigten Sozialdemokratie sein. Dieser Aufgabe hat die „Freiheit“ während ihrer fast vierjährigen Existenz ihre Hauptkraft gewidmet. Sie wird nun in anderer Form fortgeführt werden. Unter diesem Gesichtspunkte sagen wir heute: Die „Freiheit“ ist tot — es lebe die Freiheit!“

Der „Vorwärts“ gibt in der heutigen Abendausgabe dem Bedauern Ausdruck, daß die Not der Zeit es nicht erlaube, den „Vorwärts“ und die „Freiheit“ jetzt als Brudersblätter nebeneinander bestehen zu lassen. Jetzt werde es in Berlin nur noch ein Organ der Vereinigten Sozialdemokratie geben und er sagt: Der „Vorwärts“ ist sich der schweren Pflichten, die ihm damit zufallen, voll bewußt. Er hofft, sie mit Hilfe der Parteigenossenschaft so erfüllen zu können, daß sich alle bei ihm zu Hause fühlen werden. In diesem Sinne nimmt er von der „Freiheit“, der Gegnerin und Kameradin vergangener Kämpfe, Abschied, entbietet er seinen neuen Kameraden zum gemeinsamen zu führenden Kampfe seinen Gruß.

Gegen Arbeitslosigkeit und Teuerung, für den Preisabbau.

Die Duxer Stadtvertretung gegen die Wirtschaftskrise.

In der Sitzung der Stadtvertretung am 27. September beantragten unsere Genossen, daß die Stadtgemeinde mit den Behörden und den zuständigen Körperschaften sofort in Verbindung zu treten und zu verlangen habe, daß mit den geplanten Arbeiten (Bauten und Reaktivierungen) sofort zu beginnen ist. Die Stadtgemeinde Dux solle an die Erbauung der tschechischen Volksschule schreiten. Die Behörde habe bei der Beschaffung der hierzu notwendigen Kredite mitzuwirken. Die Regierung hat mit dem Bau der tschechischen Bürgerchule sofort zu beginnen. Die Behörde hat auf den Duxer Kohlenverein einzuwirken, damit mit den Herstellungsarbeiten der Straße von Dux nach Neroditz begonnen werde. Die Stadt hat im Einvernehmen mit der Behörde mit der Kommission zur Erbauung der Bergbauernwohnungen am Naden zu verhandeln, um zu erreichen, daß mit dem Bau der Häuser begonnen wird. Die Regulierungsarbeiten des Klosterbades sind in Angriff zu nehmen und ist mit den zuständigen Körperschaften zu verhandeln. Die Behörde hat dahingehend zu wirken, daß die Reaktivierungsarbeiten sofort durchgeführt werden. — Die Stadtvertretung stimmt einhellig diesen Anträgen zu. — (Einstimmig es, diese Forderungen zu verwirklichen, so wird den Arbeitslosen eine große Hilfe zuteil. Die große Not der Arbeitslosen würde dadurch auf längere Zeit gesteuert. Wenn die Regierung den Willen besitzt, helfend einzugreifen, dann ist es ihre Aufgabe mit aller Kraft zu versuchen, die Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit durchzuführen.)

Scheitern der Vertragsverhandlungen in der Reichenberger Textilindustrie.

Da mit 30. September d. J. der von den Unternehmern gekündigte Lohnvertrag für das Reichenberger Textilverbande abläuft, hatte der Industriellerverband die Organisationen der Arbeiterschaft zu einer neuerlichen Besprechung für Montag, den 25. September eingeladen, denn die erste, am 18. September angelegte Besprechung war durch die unsinnige Taktik der Kommunisten vereitelt worden. An den montägigen Verhandlungen nahmen nicht bloß die Vertreter der Union der Textilfabrikarbeiter und die Vertreter der Kommunisten teil, sondern es waren auch die Deutschsozialen und Christlichsozialen vertreten, also Organisationen, die im Vertragsgebiete keinerlei Bedeutung haben und noch im Vorjahre von der Union der Textilfabrikarbeiter angelehnt worden waren. Die Teilnahme dieser Organisationen zeigt, daß die im Vorjahre eingetretene Spaltung der einheitlichen Organisation durch die Kommunisten tatsächlich im Reichenberger Vertragsgebiete das Organisationsverhältnis so gestaltet hat, wie wir es der Arbeiterschaft seinerzeit vorausgesagt haben.

Der eigentliche Zweck der morgigen Vorbesprechung war eine gemeinsame Aktion der Arbeiter und Unternehmer in Prag zur Beseitigung der Wirtschaftskrise zu unternehmen. Nach längerer Aussprache kam man überein, gemeinsam bei der Regierung vorstellig zu werden. Zu diesem Zweck wurde ein aus je zwei Vertretern der Arbeiterorganisationen und vier Unternehmervertretern bestehendes Komitee eingesetzt, welches die der Regierung vorzulegenden Forderungen zu formulieren und den Tag der Intervention zu bestimmen hatte. Interessant war bei dieser Besprechung die Haltung der Kommunisten. Während einer ihrer Vertreter, Herr Gampe, den Unternehmern den schärfsten Kampf in bekannter phrasenschwülziger Rede ansetzte und von einer gemeinsamen Aktion zur Beseitigung der Wirtschaftskrise nichts wissen wollte, erklärte sich der Kommunist Nachel mit dieser Intervention bereitwillig einverstanden. Diese „vollkommene Übereinstimmung“ innerhalb einer Organisation war ungemein beunruhigend. Am Schluß der Vorbesprechung teilten die Unternehmer den Arbeiterorganisationen mit, daß sie bereits einen Teil B des Vertrages zu erneuern, daß sie jedoch einen Abbau des Gesamtlohnes von 25 Prozent verlangen. Die Verhandlungen über Abschluß des neuen Vertrages sollten Donnerstag, den 28. September stattfinden. In einer am Mittwoch veranstalteten Zusammenkunft stellte das vorbereitende Komitee der Arbeiter und Unternehmer die Forderungen an die Regierung zusammen und bestimmte als Tag der Intervention den 3. Oktober.

Am Donnerstag, den 28. September haben in der Reichenberger Handelskammer die Verhandlungen über den Abschluß des neuen Vertrages (Teil B) stattgefunden. An diesen Verhandlungen beteiligten sich dieselben Arbeiterorganisationen wie in der am Montag stattgefundenen Vorbesprechung. Da die Unternehmer auf dem Standpunkte des Lohnabbaues verharrten, die Vertreter der Arbeiterschaft sich gegen jeden Lohnabbau aussprachen, zerklüfteten sich die Verhandlungen und die Unternehmer erklärten, ihre weiteren Beschlüsse der politischen Bezirksverwaltung mitzuteilen. Es ist in Reichenberg nun dasselbe eingetreten, was die Unternehmer allerorts versuchen: die Wirtschaftskrise durch Lohnabbau auf die Arbeiter abzuwälzen. Die Vertrauenspersonen und Mitglieder der Union werden zu dieser neuen Situation Stellung nehmen und die weiteren Maßnahmen beraten. Das eine können wir jedoch den Herren heute schon erklären: daß die Arbeiter es nie zugeben werden, daß ihnen ihr erkämpftes Recht, die vertragliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, genommen wird, sowie sie

sich auch mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln gegen eine Verschlechterung ihrer Lebensexistenz zur Wehr setzen werden.

Die Forderungen der Reichenberger Industrieangestellten.

In der Vereinshalle zu Reichenberg fand gestern abends eine große Industrieangestelltenversammlung des Allgemeinen Werkmeisters- und Industriebeamtenverbandes, Bezirk Reichenberg, statt, auf deren Tagesordnung die derzeitigen wirtschaftlichen Verhältnisse in ihrer Rückwirkung auf die Angestellten stand. Wie stark die Industrieangestellten an dieser Frage interessiert sind, konnte man schon aus dem Massenbesuche erkennen. Der Referent, Zentralsekretär Kollige Bergmann, kennzeichnete in seinen erschöpfenden und äußerst sachlich gehaltenen Ausführungen die heutige Wirtschaftslage und ihre Rückwirkung auf Industrie und Handel und forderte entscheidende Maßnahmen zum Schutze der Wirtschaft und aller arbeitenden Menschen. Er zeigt auf, wie wenig die tschechische Politik unsere Regierung bisher genützt hat. Er berührt weiter die verkehrte Steuer-, Zoll- und Handelspolitik und weist insbesondere darauf hin, daß die Wirtschaftskrise nicht überraschend gekommen ist, sondern, daß die Gewerkschaften schon vor Monaten auf die drohende Gefahr hingewiesen und entscheidende Maßnahmen der Regierung verlangt haben. Zum Schluß der Versammlung wurde eine Entschließung einstimmig und debattenlos angenommen, welche die Forderungen der Gewerkschaftszentrale scharf unterstreicht und u. a. verlangt:

1. Überwachung der Banken. — 2. Förderung der Bauaktivität — auch in deutschen Gebieten —, rasche Durchführung der vorbereiteten öffentlichen produktiven Arbeiten und Bauten, rasche Vergebung der staatlichen Lieferungen an die Industrie. — 3. Abschaffung der Kohlenabgabe, Herabsetzung der Frachttarife für alle Industrieerzeugnisse und Lebensmittel, der Personen- und Postgebühren, Aufhebung der Umsatzsteuer, Herabsetzung der Zölle für Lebensmittel und Industrie, Salz- und Ganzfabrikate, Unterstützung der Ausfuhr. — 4. Rechtliche Anerkennung und gesetzlichen Schutz der Kollektivverträge, Einföhrung von Tarifämtern und Sicherung eines Existenzminimums. — 5. Verbot der Überarbeit, der Sonntagsarbeit und Einstellung der Arbeitslosen. — 6. Staatliche Aufsicht über die Erzeugnisbegrenzung und Betriebsstilllegung, Mitentscheidung der Arbeitnehmer. — 7. Einheitliche Durchführung der Arbeitslosenunterstützung in höherem Ausmaße. — 8. Erleichterung der Arbeiter- und Angestelltenkammern. — 9. Schutz der Angestellten während der Wirtschaftskrise vor Entlassung, Verlängerung der Gültigkeit der Verordnung über die Kündigungsbefugnisse. — 10. Novellierung des Angestelltenrechtes, Erweiterung der Kündigungsfristen und Zahlung von Abfertigungen.

Der Preis von Kleiderstoffen und Wäsche.

Bei der politischen Landesverwaltung in Prag fanden Beratungen über die Preise von Kleiderstoffen und Wäsche statt, bei denen die Kaufleute sich darüber beklagten, daß die Fabrikanten mit den Preisen nicht heruntergehen wöhlen. Nur bei den Wirtwaren ist ein Preisabbau von 10 Prozent der Fabrikpreise erfolgt. Wenn die Fabrikanten mit den Preisen heruntergehen werden, sind die Kaufleute ebenfalls zu einem Preisabbau bereit.

Preisabbauquote in Teplitz.

Am Freitag sa. d in Teplitz bei der politischen Bezirksverwaltung eine Preisabbauquote statt. Diese beschäftigte sich zunächst mit den Fleischpreisen, wobei der Vertreter des Viehgroßhandels erklärte, daß jeder Fleischhauer in der Lage ist, Fleisch um 12 bis 14 K auszuhaben. Genosse Vorbach wies darauf hin, daß das Fleisch zu diesem Preise nicht verkauft wird, worauf Stadthaltersekretär Dr. Gödy offiziell erklärte, daß der Teplitzer Fleischpreis von 16 K unberührt ist. Betreffs des Brotpreises erklärte Genosse Pantrac, daß in Teplitz ein Brot 3.80 K kostet, während in Brüx ein Brot von gleichem Gewichte um 3 K verkauft wird. Die Arbeiterbäckerei ist bereits mit dem Brotpreis heruntergegangen und wird weiter den Brotpreis abbauen. Der Milchpreis wird mit 8 K bis 3.20 K festgesetzt. Die sozialdemokratischen Vertreter kritisieren schließlich noch die Preise in den Gastwirtschaften. Die freitägigen Beratungen hatten nicht viel Erfolg, sie werden jedoch fortgesetzt.

Lohnabbau bei den Landarbeitern.

Zwischen den Vertretern der Grundbesitzer und der Landarbeiter ist es bekanntlich nicht zur Einigung über die Höhe der Landarbeiter bis zum Ende des Jahres gekommen. Während die Agrarier die Herabsetzung der Landarbeiterlöhne verlangten, beharrten die Vertreter der Landarbeiter auf der Beibehaltung der Löhne bis Ende dieses Jahres. Es wurde deswegen ein Schiedsgericht eingesetzt, welches die geltenden Löhne der Tagelöhner nunmehr herabsetzt hat. Charakteristisch ist, daß der Vorsitzende des Schiedsgerichtes ein agrarischer Senator ist und man unter den Mitgliedern des Schiedsgerichtes vergeblich einen Vertreter der Landarbeiter suchen wird. Es sind durchwegs Grundbesitzer und Staatsbeamte. So schaut die Unparteilichkeit der Regierung aus!

Eine Antwort an die Jungkommunisten.

Der Sozialistische Jugendverband hat gemeinsam mit den beiden tschechischen sozialistischen Jugendverbänden Verhandlungen mit Vertretern der kommunistischen Jugendorganisationen abgehalten, bei denen beraten wurde, ob die Möglichkeit gemeinsamer Aktionen in wirtschaftlichen Fragen gegeben sei. Die Verhandlungen sind stets daran gescheitert, daß die Kommunisten sich weigerten, die Parolen der sozialistischen Organisationen anzuerkennen und sich zu verpflichten, die Bekämpfung und Beschimpfung der anderen Verbände einzustellen. So forderten z. B. die sozialistischen Verbände 14 Tage Jugendausflug, da sie sich auf den Standpunkt stellten, daß die Forderung nach dem Möglichen an oberster Ansicht auf Verwirklichung habe. Die Kommunisten hingegen ließen sich lediglich von agitatorischen Absichten leiten und forderten vier Wochen Urlaub. Daß sie selbst nicht an die Verwirklichung dieser Forderung glauben, geht daraus hervor, daß sie bei den letzten Verhandlungen erklärten, bei eventuellen gemeinsamen Protestkundgebungen gegen die Verschleppung des Arbeiterurlaubsgesetzes auf das Eintreten für ihre Forderung zu verzichten und nur allgemein über den Urlaub zu sprechen.

In der letzten Zeit gehen nun die kommunistischen Jugendlichen mit der Parole des Arbeiterjugendweltkongresses hausieren. Es muß zwar den denkenden Menschen höchst sonderbar anmuten, daß jene, die ebendie Spalier der Arbeiter- und Jugendbewegung waren, die die Einheit als einen „Banan“ bezeichneten, und die immer riefen „erst Arbeit, dann Freiheit, dann Einheit“ sich nun als Einheitsapostel aufspielen. Daß die sozialistischen Jugendlichen ihre Absichten durchschauen, geht klar aus einem Antwortschreiben hervor, das der Sozialistische Jugendverband an sie geschickt hat. In diesem Schreiben heißt es:

Teplitz-Schönau, 26. Sept. 1922.
An die
Zentrale des Sozialistischen Jugendverbandes in Prag.
Werte Genossen!

Der Hauptvorstand unseres Verbandes hat sich in der am 25. September stattgefundenen Sitzung mit Eurem Schreiben vom 11. September befaßt und beschloffen, darauf nachstehende Antwort zu geben. Die Antwort gilt auch auf alle Fragen, die in Eurem Artikel „Wird der Arbeiterjugendweltkongress stattfinden?“ an die Vertreter unseres Verbandes, die an den Salzburger Beratungen teilnahmen, gerichtet werden.

Der Verbandsvorstand sieht sich nach Anhörung der Berichte über die Sitzung am 14. August und mit Rücksicht auf die Salzburger Beschlüsse veranlaßt, ein gemeinsames Vorgehen mit Euch zum Zwecke eines Protestes gegen die Verschleppung des Jugendausfluges abzulehnen. In dieser Entscheidung haben ihn folgende Erwägungen bestimmt:

Die Verhandlungen am 14. August haben gezeigt, daß mit Euch eine Einigung über die Höhe der Urlaubsforderung nicht möglich war. Ohne ein derartiges Übereinkommen kann jedoch ein gemeinsames Vorgehen nicht erfolgen. Eure Erklärung, bei Rundgebungen nicht auf die Höhe der Urlaubsforderungen einzugehen, muß gleichfalls als ungenügend abgelehnt werden, da Eurerseits keine Garantien geboten werden, daß diese Bedingung auch eingehalten wird. Die Erfahrungen, die bisher bei gemeinsamen Aktionen mit Kommunisten gemacht wurden, machen hier die größte Vorsicht zur Pflicht.

Nun zur Frage des Arbeiterjugendweltkongresses. Obzwar unsere Vertreter bei den Salzburger Verhandlungen keinesfalls verpflichtet sind, Euch über ihr dortiges Verhalten Rechenschaft abzulegen, was Ihr anmahnenweise in dem oben erwähnten Zeitungsartikel verlangt, sei doch zur Klarstellung der Sachlage ihre Stellungnahme dortselbst kurz begründet. Aus dem Beschlusse der Salzburger gemeinsamen Konferenz geht klar und eindeutig hervor, daß das Exekutivkomitee unserer internationalen Arbeitergemeinschaft in der Frage des Arbeiterjugendweltkongresses mit der Arbeiterjugend-Internationale nicht einer Meinung war. Während die A. J. Z. sich einstimmig für die Ablehnung des Arbeiterjugendweltkongresses entschied, hatte das Exekutivkomitee unserer I. A. S. J. trotz schwerer Bedenken und der Überzeugung der voraussetzlichen Ausfallslosigkeit der Beratungen mit allen gegen eine Stimme beschlossen, sich für eine Konferenz der drei Exekutiven einzusetzen. Wenn wir weiter beschloffen haben, nur dann mit der A. J. Z. Verhandlungen zu pflegen, wenn daran auch die A. J. Z. teilnimmt, so deshalb, weil uns die Zusammenarbeit mit der A. J. Z. im Interesse der Arbeiterjugend wertvoller erscheint als ein solches mit der I. A. S. J. und weil uns die Berichte der Vertreter der verschiedenen Bruderorganisationen überzeugen und unsere eigenen Erfahrungen bestätigen haben, daß die A. J. Z. und ihre Organisationen überall unter der Flagge der Einheitsfront nur versuchen, die übrigen proletarischen Jugendorganisationen zu zerlegen oder zu schädigen. Unsere deutschen Genossen berichteten, daß Rundgebungen, die als Demonstrationen gegen die reaktionären bürgerlichen Jugendorganisationen veranstaltet wurden, durch kommunistische Jugendliche gestoppt wurden (z. B. in Leipzig). Der Bericht der georgischen Vertreter entwarf ein erschütterndes Bild über die Verfolgungen, denen die sozialdemokratische Jugend Georgiens von Seite der russischen Sowjetregierung ausgeht ist.

Die Verhandlungen, die wie bisher geführt haben, und die Berichte, die von Euch darüber veröffentlicht werden, haben gezeigt, daß Ihr alles nur zu demagogischen Zwecken ausnützen wollt und daß Ihr in Euren Behauptungen auch vor offenkundig-

gen Unwahrheiten nicht zurückredet. In einem Artikel des offiziellen Organes "Internationale", "Was uns trennt" stellt der internationale Sekretär Bernhard Sieglar folgende unwahre Behauptungen auf:

Die Sozialdemokraten gestehen ein, daß sie ihre Forderungen so niedrig bemessen — nicht weil die Jungarbeiter nur zwei Wochen brauchen, sondern weil die Kapitalisten bei der gegenwärtigen Wirtschaftskrise nicht mehr hergeben können. Wir haben auch früher vier Wochen gefordert" sagen die tschechischen Sozialdemokraten — damit sind wir gemeint — aber die Umstände haben sich jetzt geändert. Was für Umstände? Die Lage der Arbeiterjugend etwa? Nein, aber die des Kapitalismus, und darum, um den Kapitalismus nicht wegzutun, setzen die Sozialdemokraten ihre Forderung herab."

Dabei ist festzustellen, daß wir bei den Brager Verhandlungen diese Behauptung zu wiederholten Malen nachdrücklich zurückgewiesen haben. Wir würden es als eine einfache Pflicht des proletarischen Anstandes anerkennen, wenn ihr die in diesem Artikel aufgestellte Behauptung richtigstellen würdet.

Nach andere Umstände kommen hinzu, die ein Zusammenarbeiten mit Euch unmöglich machen. Ihr seid durch das Programm Eurer Internationale verpflichtet, die sozialdemokratischen und zentralistischen Jugendorganisationen — zu letzteren gehören wir — aufs schärfste zu bekämpfen. Es ist ganz unmöglich, daß man mit Organisationen, die eine solche programmatische Bestimmung befolgen, gemeinsam für wirtschaftliche Forderungen kämpfen kann.

Wenn es Euch ernsthaft darum zu tun ist, mit uns in eine dauernde Kampfgemeinschaft zu kommen, dann müßt ihr diesen programmatischen Grundsatz beseitigen, wozu sich auf dem bevorstehenden 3. Weltkongreß der I. S. S. Gelegenheit bieten wird.

Wir ziehen es vor, in den wirtschaftlichen Kämpfen allein zu marschieren, bzw. uns mit jenen Genossen zu verbinden, zu denen wir Vertrauen haben können. Es soll dies kein "partei-epistolerischer Mod der Sozialisten gegen die Kommunisten" zwecks deren Bekämpfung" sein, wie ihr in Euren Schreiben anzuführen beliebt, sondern lediglich eine Kampfgemeinschaft für die Interessen der arbeitenden Jugend. Wir werden uns allerdings aller Angriffe von Eurer Seite aufs entschiedenste zu erwehren wissen. Es liegt jedoch an Euch, diese Angriffe zu unterlassen und damit die Voraussetzungen für ein späteres Zusammenarbeiten auch mit Euch zu schaffen.

Mit proletarischem Jugendgruß:
I. d. Sozialistischen Jugendverband für die deutschen Gebiete der Tschechoslowakischen Republik
Ernst Paul.

Letzte Nachrichten.

Die Wahlergebnisse in Oberösterreich.

Wien, 30. September. Nach einer offiziellen Mitteilung ist das endgültige Wahlergebnis in dem oberösterreichischen Landtag folgendes: der Nationalklub (Morsann) erhält 18, die polnische sozialistische Partei 8, die nationale Arbeiterpartei 7 und die polnische Volkspartei 1 Mandat, ferner die deutschnationale Partei 4, die deutsche katholische Volkspartei 8 und die deutsche sozialistische Partei 2 Mandate. Die polnischen Parteien werden also insgesamt 34 und die deutschen 14 Mandate besitzen.

Rees Doornik.

(28)

Ein skandinavischer Zotenroman von Georges Cethoud.

Annemie, noch auf einer Zypresse der Leiter stehend, verhielt sich noch immer das Gesicht und brachte nichts hervor als das Wort:

"Gott! ... Gott! ... Gott! ..."

Der heuchlerische Wannes Andries wagte zwar nicht zu lachen, aber er hätte es ebensogern getan wie sein ältester Nabe. Er nahm wieder sein Totengräbergestirn an, ward neben seiner Schwester stehen, um sie zu trösten — aber diese schien nicht darauf zu hören.

In den umherstehenden Gruppen erzählte sein Vogel, wie man den Körper des armen Jürgen, des Eintagsfliegers der Gansreiter, aufgehoben hatte, wie er dazulegen, mit einem Bein über dem andern, welche Farbe sein Gesicht hatte: wieviel Löcher man an ihm zählte, und aufwieviel durch diese Einzelheiten, heulten die Dorfbewohner:

"Nieder mit ihm! Nieder mit dem Mörder!"

Die Truppe des kleinen Bestausend war schon vollständig herbeigekommen und zeichnete sich durch ihr wildes Geschrei aus.

"Bringt ein Zeil!" schrie Chiel Thacens.

Dieser Klotz, der Sohn des Kupferschlägers, war ebenfalls Mitglied der Amicitia und war stets der Nachbar Rees an den Probabenden gewesen. Das pausbäckige, jetzt langgezogene Gesicht seines Kameraden rief in dem kranken Gehirn des Riffstatters wieder die friedlichen Bilder aus den früheren Übungen der Amicitia wach.

Aber die Ausrufe: "Nieder mit dem Mörder!" wurden immer lauter und rissen den Klotz schon gleich wieder aus seinen Betrachtungen.

"Hört, Freunde," sagte er, "der Kampf war redlich. Ich schwöre es. Er selbst würde es auch sagen. Jürgen war es, der sein Messer gegen mich zog. Ich habe mich nur verteidigt."

Ein spöttisches Hohngelächter überlante seine Worte.

"Das müßt du den Herren von Antwerpen erklären, mein Junge!" bemerkte Wannes An-

Der Völkerverbund für Österreich hinausgehoben.

Genf, 30. September. Die diesmalige Tagung des Völkerverbundes wurde heute geschlossen, ohne daß die Frage des Kredites an Österreich endgültig geregelt wurde. Balfour versicherte jedoch, daß trotz einiger Schwierigkeiten, die in letzter Stunde den rechtzeitigen Abschluß der Verhandlungen des Rates unmöglich machten, die Frage in den nächsten Tagen glücklich gelöst sein würde. Dann würden auch alle Kollationen veröffentlicht werden. Innerhalb scheint dieser Optimismus einigen Zweifeln zu begegnen, denn Lord Cecil sprach den Wunsch aus, daß die einschlägigen Akten über die Beratungen auch dann veröffentlicht werden, wenn die Verhandlungen über Österreich scheitern sollten. Diese Erklärung rief in der Versammlung eine gewisse Sensation hervor. Balfour und Bourgeois suchten die Bedenken Cecilis zu zerstreuen.

Kleine Chronik.

Bestiger Ausbruch des Stromboli. Der Vulkan der Insel Stromboli, der nördlichsten der zwischen der Nordküste Siziliens und dem italienischen Festland gelegenen Liparischen Inseln, ist seit großen Zeiten ohne Unterbrechung tätig. Das Steigen der in seinem Krater sich heubere weißglühenden Lava und die Rauchentwicklung sind vom Aufstrud oshängig, so daß die Umwohner sich nach dem Vulkan wie nach einem Barometer richten. Bestigere und häufigere Eruptionen und dieser Rauch deuten auf schlechtes Wetter hin. Bei Nacht ist der Schein der glühenden Lavamassen, die etwa 100 Meter hoch emporsteigend werden, weithin zu sehen, so daß der Vulkan schon in der Antike als der "Leuchtturm des Tyrrenischen Meeres" bekannt war. Ein heftiger Ausbruch hat im Juni 1906, wenige Monate nach dem großen Sewu-Ausbruch, stattgefunden. Auch in anderen Jahren hat bisweilen eine lebhafteste Tätigkeit des Berges die Pflanzungen geschädigt. Jetzt wird aus Rom wieder von auhergewöhnlich starkem Ausbruch des Stromboli berichtet. Schwarze, glühende und glühende Steine werden hoch emporgeschleudert, und Ströme weißglühender Lava ergießen sich den Berg hinab. Unterirdisches Rollen von besonderer Heftigkeit wird vernommen, auch Erdstöße haben stattgefunden. Die Bevölkerung ist wieder stark beunruhigt; die wenigen Leute, die an den Hängen des Berges wohnen, haben ihre Behausungen verlassen und haben sich an den Meerstrand geflüchtet; auch hat bereits eine Flucht nach dem Festlande begonnen.

Wie entstanden die Marskanäle? Schon die verschiedensten Theorien sind aufgetaucht, um die rätselhaften Linien auf dem Mars zu erklären. Bekanntlich haben phantastische Astronomen in ihnen durchaus das Werk vernunftbegabter und hochentwickelter Wesen sehen wollen, andere dachten an rein physikalische Ursachen, Frostsprünge u. dgl. Jetzt taucht eine neue Erklärung auf. Der Mars hat bekanntlich zwei Monde, "Deimos" und "Phobos", "Furcht" und "Schrecken", so genannt nach den beiden Söhnen des bei Homer den Kriegsgott begleitenden Mars. Stellt man sich nun vor, daß Mars in grauer Vorzeit noch einen dritten Mond gehabt hätte, der durch den Reibor oder sonst einen Widerstand oimäßig in seinem Umlauf verzögert wurde, so würde dieser mit der Zeit immer näher an den Planeten herangerückt sein. Er würde ihn in immer engeren Ringen umkreisen haben und endlich mit der Oberfläche des Planeten selbst in Berührung gekommen

sein. Wenn nun dieser Trabant aus vulkanischem Gestein bestand, etwa von der Größe des Granits oder Trachyts, so kommt es von selbst, daß er bei seinem fortgesetzten Umlauf auf dem Mars mehr oder minder tiefe Rillen riß oder trachte. Natürlich würden diese Rillen nur in der Richtung der Umlaufbahn des Trabanten liegen können, aber da die Oberfläche des Mars so wenig eben war wie die unserer Erde, mußte der Trabant auch an die Gebirge des Mars anprallen und von den höchsten Bergspitzen in seiner Bahn mannigfaltig abgelenkt werden. So würden sich die verschiedensten Richtungen der Marskanäle erklären. Schließlich würde der Trabant bei dieser Vollerarbeit auf dem Mars sich selbst auferleben haben und verschwunden sein. Seine Masse würde als Staub auf dem Mars zu liegen sein, und als letzter Beweis seines Lebens blieben nur noch diese Rillen oder Schrammen, die "Kanäle".

Wirtschaft und Sozialpolitik.

Der Klassencharakter der tschechoslowakischen Steuerpolitik.

Zeit dem Bestehen der Tschechoslowakischen Republik hatten wir Koalitionsregierungen. Erst war es die allnationale Koalition Kramarsch, dann die Koalition zwischen Agrariern und Sozialisten und Führung Tulsars, dann die von der allnationalen Koalition gestützte Regierung Cerny, schließlich eine allnationale Regierung Benesch, die wieder von einer allnationalen Regierung Svehla abgelöst werden wird. In all diesen Regierungen saßen Vertreter der besitzenden Klassen des tschechischen Volkes oder so wie die Vertreter der tschechischen Arbeiter. Und man sollte glauben, daß die Wirtschaftspolitik, wie die Finanz- und Steuerpolitik die Spuren dieser Koalitionen aufweist, daß die besitzenden Klassen in demselben Maße zur Tragung der Steuerlasten herangezogen werden, wie die Besitzlosen. Sieht man sich aber die Entwicklung der Steuerpolitik und die Steuererträge in den verschiedenen Vorausschlägen an, so wird man finden, daß seit dem Bestehen dieses Staates auf die arbeitenden Menschen immer mehr Steuern aufgebürdet werden, während die besitzenden Klassen zu den Einnahmen des Staates immer weniger beitragen.

Es ist allbekannt, daß die indirekten Steuern und Abgaben die breite Masse der Bevölkerung viel stärker belasten, als die besitzenden Klassen. Das Proletariat in Stadt und Land bildet die Mehrheit der Bevölkerung und trägt schon deswegen die Masse der Verbrauchsabgaben. Und es ist überdies eine soziale Ungerechtigkeit, wenn das Stüd Nahrung, das der Benglose braucht, genau so besteuert wird, wie das des Besitzenden. Nun sehe man, wie sich der Anteil der direkten und indirekten Steuern in den Staatseinnahmen von 1919 bis 1921 entwickelt hat.

	1919	1920	1921
Ertrag in tausenden K			
der direkten Steuern	745.580	1.206.767	1.784.245
indirekten Steuern u Abgaben, einschließlich Monopole und Zölle	828.497	3.188.032	5.481.492
Auf den Einwohner entfallen	1019	1020	1021
an direkten Steuern	38.16	214.35	316.93
an indirekten Steuern	82.84	234.51	309.49
verschiedene Abgaben	23.44	105.63	182.77

Nach dieser Zusammenstellung, — die wir der Berliner Zeitschrift "Wiederaufbau" entneh-

men, — entfallen von der gesamten Besteuerung per Einwohner auf direkte Steuern 1919 55 Prozent, auf die indirekten 35 Prozent. Die direkte Besteuerung per Einwohner ist also im Verhältnis zur Gesamtbesteuerung um 20 Prozent gefallen. Der Anteil der indirekten Steuern an der Gesamtbesteuerung des Einwohners ist jedoch von 1919 bis 1921 von 34 Prozent auf 46,5 Prozent gestiegen. Während also 1919 die indirekten Steuern etwa ein Drittel der Gesamtbesteuerung per Einwohner ausgemacht haben, machen sie jetzt fast die Hälfte aus.

Das ist also der Erfolg der Koalitionsregierungen von Kramarsch bis Benesch. Das tschechoslowakische Budget wird dadurch im Gleichgewicht gehalten, daß die indirekten Steuern immer größer werden, daß die ganzen Kosten der Staatsverwaltung auf die Schultern der breiten Massen der Bevölkerung gelegt werden. Durch die Abgaben und Zölle erschwert der Staat den Arbeitern die Lebenshaltung und durch die gesunkene Lebenshaltung müssen die Arbeiter das tschechoslowakische Budget im Gleichgewicht halten. Durch nichts wird die Ohnmacht der Arbeitervertreter in der Koalitionsregierung so sehr illustriert wie durch die paar trockenen Zahlen der Entwicklung der Steuerpolitik des Staates. Eine Regierung der Besitzenden allein hätte nicht anders wirtschaften können. Die tschechischen Sozialdemokraten mögen diese Ziffern ein wenig überdenken, dann werden sie zugleich die Antwort haben, warum die deutschen Sozialdemokraten allen bisherigen Regierungen in unversöhnlicher Opposition gegenüberstanden.

Die Entlassung der Ostrauer Bergarbeiter.

Der Ostrauer "Del. denik" teilt mit: Mit der Entlassung der Bergarbeiter wurde im Ostrau-Karwiner Gebiet bereits vor einigen Tagen begonnen. Die Kündigungen sind 14tägig und erfolgen allmählich zu geringerem Teile. Bis zum heutigen Tage sind im ganzen 1500 Bergarbeiter teils entlassen, teils gekündigt. Diese Entlassung wird systematisch bis zu Neujahr durchgeführt und nach dem Projekt der Unternehmer werden 8000 bis 10.000 Arbeiter davon betroffen werden. Das Revierbergamt erließ besondere Richtlinien für die Entlassung der Arbeiterkräfte. Darin wird bestimmt, daß in erster Linie fremde Staatsangehörige entlassen werden, die ihre Wohnsitze außerhalb der Republik haben. Dann kommen weitere fremde Staatsangehörige und jene Personen an die Reihe, welche für einen fremden Staat optiert haben. Ausnahmen werden aber mit Rücksicht auf die Dauer der Dienstzeit, der Besitz und der Familienverhältnisse zugelassen, sodas z. B. ein fremder Staatsangehöriger, der sich lange Zeit in den Diensten des betreffenden Unternehmens befindet und dessen Besitz und Familienverhältnisse eine besondere Rücksicht erfordern, weiter in der Stellung verbleiben kann, selbst wenn statt seiner ein Tschechoslowake entlassen werden sollte, dessen Existenz vom Unternehmen mehr oder minder unabhängig ist. — Außerdem können die Arbeiter nur nach Verständigung mit den Betriebsräten entlassen werden. In erster Linie sollen, gemäß den Richtlinien der Direktionskonferenz, alte, arbeitsunfähige Arbeiter entlassen werden, welche aber ein Anrecht auf Provision haben, in zweiter Linie aber ganz junge Arbeiter, hauptsächlich jener Familien, von denen mehrere Mitglieder im Bergbau beschäftigt sind, und schließlich diejenigen, welche erst nach dem Umsturz in die Arbeit aufgenommen worden sind.

dries ganz ernst, mit einem heimtückischen Lächeln, während sein falsches Gesicht einen drohenden Ausdruck annahm.

Man konnte noch nicht nach dem Gemeindegewand ausbrechen. Der Schöffe Arcewyn berichtete, die für die Verbrecher vorgesehene Zelle müsse erst ausgeräumt werden, da der Sekretär Pieter einen Vorrat von Äpfeln und Kartoffeln darin hatte. Die Zelle war nie zu einem anderen Zweck benützt worden. Seit einem halben Jahrhundert war es das erstemal, daß ein Verbrecher auf dem Gebiete von Dinkelhaar begangen wurde, und der Mörder war noch dazu ein Fremder. Die Aufregung der Bauern war so groß, daß man fürchtete, der Mörder würde unterwegs umgebracht oder noch aus der Zelle herausgerissen werden, da dieselbe, wie Arcewyn versicherte, gar nicht solid war. Der Reid und die Feindschaft gegen Rees, die mit den Jahren zugenommen hatten, aber nichts gegen den Jungen, der sich stets tadellos betrug, vermocht hatten, erwachten jetzt bei dessen Kameraden zu einem unversöhnlichen Haß, und man hörte nicht nur den Ruf: "Mörder!" sondern auch noch dieselben Schimpfwörter wie früher: "Verfluchter Bastard!" — "Verkommener Signor!" — "Zehn einer Hündin!"

"Da ist der Pfarrer!" murmelten auf einmal mehrere Stimmen.

Die Reute der Klaffer, die der Feldhüter nur mit Mühe zurückhalten konnte, wich um ein paar Schritte zurück, und man schwieg.

Ein Priester mit weißen Haaren, mit einem sanften, nachdenklichen Gesichte kam mühsam heran, indem er sich auf seinen Hut stützte. Seine Pfarrertraten zurück, um ihn durchzulassen, und die Männer küßten ihre Mützen, indem sie ihn mit einem verkniffenen Auge anblickten, als wollten sie sagen: He, Herr Pfarrer, das hatten Sie nicht erwartet!

Es war in der Tat derselbe Priester, der Rees bei seiner ersten Kommunikation gekleidet und der ihn den Reichsdiener gelehrt hatte, in welchem es heißt: "Du sollst nicht töten!"

Während das ganze Dorf dem aus der Stadt vertriebenen Jungen nur Ränkungen zu-

gefügt hatte, war dieser Paria der Günstling des heiligen Mannes gewesen.

Was sollte nun der Mann Gottes zu dem Sünder sagen? Die mitteilidigen Seelen freuten sich heimlich darüber und waren gespannt, welchen Ausgang diese interessante Begegnung nehmen würde. Der Pfarrer, der den Ermordeten im Totenhaus auf dem Kirchhof gesehen hatte, näherte sich seinem elenden Zügling.

"Unglückliches Kind!" sagte er, "Gott habe Mitleid mit dir!"

Seine erste Stimme blieb ärtlich und gefühlvoll wie früher. Der Riffstatter fand wieder Tränen und senkte den Kopf. Der Priester aber — und das wurde ihm später noch lange vorgeworfen — streckte die Hände über ihn aus, wie wenn er ihn freisprechen wollte.

Dann wandte sich sein heller blauer Blick, der gewohnt war, in die Gewissen hineinzudringen, nach der Frau, die hinter dem Mörder zusammengebrochen dafah, und er erriet, wer wohl am meisten für diese entsetzliche Tat verantwortlich sein mochte.

Auf den Rat des Pfarrers entschloß man sich, den Gefangenen anderswohin zu führen. Endlich kamen zwei Gendarmen in aller Eile von der Grenze. Beide trugen die Plinte quer über der Schulter, während ihre Mützen mit der weißen Quaste ihnen übers Ohr hing.

Sie nahmen Rees beim Arme. "Darf ich bitten, Kamerad?" sagte der eine, ein spöttischer Wallone, indem er die Handfesseln aus der Tasche zog.

Beim Verühren dieser Uniform zitterte der Knecht, und er verstand, was ihm jetzt geschehen würde. Er ließ sich die Hände binden.

"Vorwärts!" befahl der Unteroffizier, indem er ihn ein wenig mit dem Kolben zwischen die Schultern stieß.

Rees ging fast entschlossen vorwärts. Es entstand ein Gedränge unter den Leuten. Die Gendarmen hielten die Vorwärtigen zurück. Hinter dem ehemaligen Knechte des Weichhofes gingen der Pfarrer, der Bürgermeister, der Schöffe und der Feldhüter.

Als sie durch den Schuppen kamen, wandte sich Rees noch einmal nach der geliebten Weis-

erin um. Ein geheimnisvoller Drang hatte sie bewogen, sich aufzurichten und sich bis an die Schwelle des Stalles zu schleppen, und nun blieb sie stehen, und sie begriff, an was der herzzerreißende Blick des Unglücklichen sie erinnern wollte.

In einer Minute erlebte sie wieder jenen Herbstabend, an dem sie von derselben Stelle aus ihm mit beglücklichen Blicken gefolgt war, als er so munter und tüchtig arbeitete, während sein Schatten sich auf der von der Abenddämmerung geölerten Mauer abzeichnete.

Auch heute betrachtete sie ihn wieder wie (asziniert, und sogar, als er sich abzuwenden hatte, konnten ihre träumerischen Augen sich nicht mehr trennen von dem armen Teufel, dessen lockiges Haupt über die wogende Menge von gewöhnlichen Köpfen hervorragte wie ein Wad über die Wellen des Meeres.

Eine ganze Schar von Buben — der kleine Boyntausend an der Spitze — verfolgte den Gefangenen und warf mit Steinen und Kastenstüden nach ihm, indem sie schrien: "Hauwurt! Hauwurt!"

In dem Weichhofe blieben nur noch die Witwe Annemie, und hinter ihr ihr würdiger Bruder Wannes, der sie mit einer teulflischen Freude beobachtete.

Rees war verschwunden. Sie aber blickte noch immer vor sich hin, auf die Mauer der Scheune.

Es war ein sanfter, angenehmer Morgen, der sich inzwischen erhoben hatte. Der dicke Nebel in dem die Sonne Silbertröpfchen erglänzen ließ, stieg nach und nach in die Höhe. Überall spürte man, daß der junge Saft aus der Erde stieg und daß der April mit seinen lauen, weichen Lüften gekommen war.

Und die Witwe sagte sich, jetzt würde sich alles im Polder verjüngen, sie aber könne nie mehr mit den anderen Geschöpfen in das Konzert des Frühlings einstimmen. Eine Leiche und ein Gefangener, diese beiden Kräfte, die ihretwegen vernichtet waren, trennten sie auf immer von der zugehenden Natur. Nichts regte sich mehr in ihrem Schoße; auch das Kind des Jürgen war tot.

Ende.

Kurse der Valuten.

Die tschechische Krone notiert in:

Table with exchange rates for Zurich, Berlin, and Wien.

Zürcher Schlusskurse (Devisen).

Table with exchange rates for Zurich for various cities like Berlin, Wien, Prag, etc.

Literatur.

Schauspielkunst.

Zur Geschichte der Schauspielkunst legt uns der Wiener Amalthea-Verlag in seiner „Amalthea-Bücherei“ drei Bände vor: Friedrich Rosenthal: „Schauspieler“, Jakob Linor: „Aus dem alten und neuen Burgtheater“ und Auguste Wilbrandt-Baudins: „Aus Kunst und Leben“.

Dem ideologischen Konstrukteur gegenüber bietet Linor aus tiefsterlebter Anschauung heraus Porträts von vierzehn Darstellern, wie sie im Leben und auf der Bühne tatsächlich waren.

Die Erinnerungen der Wilbrandt-Baudins wollen keine so großen Ansprüche erfüllen. Liebenswürdig und bescheiden, plaudern sie von den bedeutenden Darstellern, mit denen die prächtige Künstlerin im Laufe ihres langen Lebens zusammenwirken durfte.

Der Kalender für Kleinlandwirte für 1923 ist soeben erschienen. Er ist ausgegeben vom Zentralverband deutscher Kleinbauern und Gärtner in der tschechoslowakischen Republik.

Landwirt viel Nutzen ziehen wird. Den Schluss bildet ein Verzeichnis der Fahrmarie. Jeder Kleinlandwirt wird an dem Kalender seine Freude haben, aber auch Land- und Forstarbeiter wird der praktische Kalender lebhaft interessieren.

Kunst und Wissen.

„Figaros Hochzeit“ von W. A. Mozart. (Neues Deutsches Theater, 28. September 1922.) Die mozarthische unter den Meisteropern des unsterblichen Salzburger Tonherrs ist die Hochzeit des Figaro.

Gastspiel Käthe Dorsch. In der „Flamme“, diesem verlogenen Stück des vielgewandten A. Müller hat Käthe Dorsch, was von der endbrinlichen Art, Lustspiele der Theaterleitung schlauest werden muß, ein Erlebnis.

Der Prager Volkshilfsverein „Artonia“ hat seine Pforten nun wieder geöffnet. Das seine Tätigkeit einem Bedürfnis abhilft, braucht nicht mehr betont zu werden.

Neues Theater. Heute, den 1. Oktober: nachmittags „Die Frau im Hermelin“, abends „Riki“ (mit Käthe Dorsch); Montag, den 2.: „Dahello“; Dienstag, den 3.: „Cavalleria rusticana“, „Bajazzo“; Mittwoch, den 4.: „Faust und Margarethe“; Donnerstag, den 5.: „Tristan und Isolde“; Freitag, den 6.: „Bajadere“; Samstag, den 7.: 7 Uhr abends „Tanz ins Glück“, 10 Uhr nachts „Abenteuer in Karolka“; Sonntag, den 8.: nachmittags Arbeiter-Vorstellung: „Lohengrin“, abends Gastspiel Moissi „Lebender Leichnam“; Montag, den 9.: „Hamlet“ (Gastspiel Moissi).

Kleine Bühne. Heute, den 1.: „Haben Sie nichts zu verzeihen?“; Montag, den 2.: „Riki“ (mit Käthe Dorsch); Dienstag, den 3.: „Der Wolf“; Mittwoch, den 4.: „Vatermord“; Samstag, den 7.: Gastspiel Moissi „Gespensier“; Sonntag, den 8.: nachmittags „Haben Sie nichts zu verzeihen?“, abends „Vatermord“.

Artonia.

Das moderne Bildungsinstitut „Artonia“ ist eine für Prag vollkommen neue Einrichtung nach dem Muster der böhmischen und deutschen Volkshochschule, die den Zweck hat, in Semesterkursen und Arbeitsgemeinschaften auf moderner Grundlage, in systematischem Aufbau und gegenseitiger Aussprache von Vortragenden und Teilnehmern eine gründliche Einführung in die für jeden Menschen nötigen Gebiete des Wissens und praktischen Lebens zu bieten.

- 1. Kinderpsychologie und ihre Bedeutung für die Erziehung. Frau Prof. Dr. Věra Dittich. Montag, den 9. Oktober, 5-6 Uhr.
2. „Geschichte der Oper“ (Mit musikalischen Beispielen). Dr. Th. Seidl. Montag, 9. Oktober 6 bis 7 Uhr.
3. „Hauptströmungen der deutschen Literatur“ (Mit Rezitationen). Prof. Dr. Erwin Klein. Dienstag, 10. Oktober, 6-7 Uhr.
4. Vapparbeiten (Kartontagen). Prof. A. Bruscha. Mittwoch, 11. Oktober, halb 5 bis halb 6 Uhr.
5. Buchbinden. Prof. A. Bruscha. Mittwoch, 11. Oktober, halb 6 bis halb 7 Uhr.
6. Körperpflege und Gesundheit. (Mit Licht.) Univ.-Prof. Dr. Balfo. Mittwoch, 11. Oktober, 6 bis 7 Uhr.
7. „Austgewerbliche Arbeiten“ (Künstlerische Handarbeiten). Fr. Karola König. Donnerstag, 12. Oktober, 5-6 Uhr.
8. „Chemie und Technik“ mit Experimenten. Prof. Dr. Leo Zuckl. Freitag, 13. Oktober, halb 7 bis halb 8 Uhr.
9. Holzschneiden (Flach- und Kertschnitt) mit Neben-Techniken und den notwendigen Arbeiten an der Hobelbank. Prof. A. Bruscha. Samstag, 14. Oktober, 5-6 Uhr.
10. „Kunst- und Kulturgeschichte der Griechen und Römer.“ (Mit Licht.) Prof. Dr. Wil. Samstag, 14. Oktober, halb 7 bis halb 8 Uhr.
Jeder Kurs ist zehntägig und kostet 20 K. Für Staats-, Privatbeamte, Handwerker, Arbeiter und Studenten 15 K. Einschreibungen in drei oder mehr Kurse 20prozentige Ermäßigung. Programme und Einschreibungsformulare: Artonia-Kanzlei.

Neue Mitgliedsarten: Jahreskarte 10 K. Anwartschaft für jedes weitere Familienmitglied 3 K. (Jede Karte genießt die gleichen Vergünstigungen.)

Wochenprogramm:

- Mittwoch, den 4., 8 Uhr: „Zukunftsschule und Jugendglück“. Lichtbildvortrag: Käthe Lorenzen-Hamburg.
Donnerstag, den 5., 7 Uhr: Literarischer Kurs: „Von Hildebrandts Lied bis zu Goethes Faust“. Redner: Dr. Zichert. Zehntägiger Kurs.
Freitag, den 6., 8 Uhr: „Sibylle es einen Zufall?“ Mit Licht. Doz. Dr. Paul Kammerer-Wien.
Samstag, den 7., 8 Uhr: Klavierabend: Josef Langer-Teplitz. Bach, Beethoven, Czajkin. Licht.
Sonntag, den 8., 4 Uhr nachmittags: Beginn der Reihe: „Im Wäld durch die Welt. Wandern und Schauen in Dorf und Stadt“ mit Lichtbildern. Prof. Weber-Tena.
Montag, den 9.: Beginn der Kurse des modernen Bildungsinstitutes.
Montag, den 9., 8 Uhr: „Euch Arden“. Vortragsabend von Ludwig Flehner-Dresden. Musik von Richard Strauß.

Gerichtssaal.

Eine tschägige Bankfiliale.

Gegen die Wiener Filiale der Zivnostenska banka haben, wie die „Arbeiter-Zeitung“ meldet, 405 Angestellte einen Prozeß beim Wiener Handelsgerichte anstrengt. Bis zum Ende des Jahres 1921 wurde ihnen ihr Gehalt in tschechoslowakischen Kronen ausbezahlt, vom Jahre 1922 an dagegen in österreichischer Währung.

Beamtenhaft spekuliere. Selbst bei Einrechnung der tschechischen Valuta seien die niedrigeren Beamtensategorien in den Wiener Bankinstituten besser bezahlt als die Beamten der Wiener Filiale der Zivnostenska banka. Dr. Kamillo Herrmann, der zweite Klagevertreter, erwiderte, daß der Oberdirektor der Wiener Filiale Spitalitz nach dem letzten Bilanzansweis Zantimon und Gehalt im Betrag von 320.000 tschechoslowakischen Kronen ausbezahlt erhielt, und da spreche man von der unzulässigen Spekulation der Beamten, denen es so gut geht, daß einer auf der Straße vor Hunger umgefallen ist, während die Frau eines anderen einen Selbstmord aus Not verübt hat.

Einem Reaktionären darf in Deutschland nichts geschehen!

Am Tage der Ermordung Rathenaus brachte bekanntlich der Student Fleisch dem Abgeordneten Delferich angeblich im Auftrage des südamerikanischen Deutschen Kriegerbundes einen Blumenstrauß, der auf schwarz-weiß-roter Seife die Widmung trug: „Dem Retter der deutschen Ehre!“ Fleisch kam damals mit einer gehörigen Tracht Prügel davon. Am Dienstag hatte er sich vor einem Berliner Schöffengericht in einer andern Angelegenheit zu verantworten. Fleisch, der sich am Rapp-Busch als Leutnant betätigte, benutzte das Attentat auf Maximilian Harden, um angeblich im Auftrage des Täters Antonmann Geldmittel für diesen in deutschnationalen Kreisen zu sammeln. Fleisch hat für diese Zwecke Geld erhalten, soll es aber für sich verwendet haben. Deswegen stand er vor Gericht. Er bestritt, die Verwendung des Geldes für eigene Zwecke und gab an, es in politischem Sinne ausgegeben zu haben. Das Gericht schloß dem Angeklagten an, der erklärte, daß dem Angeklagten eine selbsttätige Handlung nicht nachgewiesen werden könne, und sprach den deutschnationalen Selbstenjüngling frei.

Jugendbewegung.

An die gesamte arbeitende Jugend in der Tschechoslowakischen Republik.

Keine Gesellschaftsschicht ist von der Gesamtheit so vernachlässigt und mit ihren Forderungen so zurückgestellt, wie die arbeitende Jugend. Obwohl sie die Mehrheit der Jugend überhaupt bildet und von gewaltiger Bedeutung für das wirtschaftliche Leben und die ganze Gesellschaft ist, haben die beruflichen Faktoren sehr wenig guten Willen, durch moderne Gesetze die Stellung der jugendlichen Arbeiter und Lehrlinge beiderlei Geschlechts zu verbessern.

Nur die sozialistische Jugend kämpft schon eine Reihe von Jahren für die Befreiung des proletarischen Nachwuchses aus der elenden Lage der kapitalistischen Gesellschaft. Damit dieser Kampf ein erfolgreicher sei, arbeiten die unterschriebenen Jugendverbände schon einige Monate gemeinsam. Sie bebauern, daß der kommunistische Jugendverband aus Parteigründen sich mit ihnen über eine Mitarbeit nicht geeinigt hat.

Durch gemeinsame Bestrebungen der unterschriebenen sozialistischen Jugendverbände in der Tschechoslowakischen Republik wurde bisher weitestens das erreicht, daß die dringendsten Forderungen der Jugend bereits auf den Boden des Parlamentes getragen wurden, der vierzehntägige bezahlte Urlaub für Lehrlinge und jugendliche Arbeiter und die Reform des Gewerbeunterrichtens, das bisher bei uns als Aschenbrödel behandelt wurde.

Aber nicht einmal diese minimalen Forderungen werden durchgesetzt ohne Kampf, Manifestationen und Proteste gegen diejenigen, welche ihre Erfüllung auf die lange Bank schieben möchten.

Deswegen rufen wir euch, junge Genossen, Burichen und Mädels auf zu mächtigen Kundgebungen für die wirtschaftlichen und sozialen Forderungen der proletarischen Jugend, welche Sonntag den 8. Oktober und Samstag den 13. Oktober in zahlreichen Orten der Republik stattfinden.

Wollt ihr, daß euer Antrag auf bezahlten Urlaub Gesetz werde? Wollt ihr, daß eine Reform des Gewerbeunterrichtens durchgesetzt wird, welche allen modernen Anforderungen voll entspricht und den Wünschen der arbeitenden Jugend nicht nur in der Industrie und im Gewerbe, sondern auch im Handel und in der Landwirtschaft gerecht wird? Wollt ihr, daß endlich ein Gesetz über den sozialen Schutz der Lehrlinge und jungen Arbeiter und eine ganze Reihe anderer für die Arbeiterjugend wichtiger sozialer Gesetze geschaffen werden?

Wir glauben, daß ihr das alles wollt, denn die Erfüllung dieser Forderung ist die Wiedergutmachung der Schuld, die an der Jugend jahrzehntelang geübt wurde. Erfüllung dieser Forderungen bedeutet für euch ein besseres Leben! Das alles kann aber nur dann verwirklicht werden, wenn ihr Hand in Hand mit uns geht, nur im einheitlichen Vormarsch der gesamten sozialistischen Arbeiterjugend ist der Erfolg unserer Sache verbürgt!

Darum auf zum Kampf, auf zu den Kundgebungen am 8. und 13. Oktober!

Sozialistischer Jugendverband für die deutschen Gebiete der Tschechoslowakischen Republik: Ernst Paul.

Ceslo-slov. socialistický mládež: Stanislav Burian.

Mládeže ceslo-slov. socialist. dem. strany: Arnost Vitajek.

Mus der Partei.

Zentralorganisation Weinberge - Rusle - Ursobice.
 Donnerstag, den 5. Oktober, 8 Uhr abends Plenarversammlung im Restaurant „Konopischer Bierhalle“, Weinberge, Rubesova 7. Tagesordnung: Anträge zur Bezirkskonferenz. Vortrag des Gen. Dr. Czuczka über „Der kulturgeographische Zusammenhang der Tschechoslowakischen Republik mit Mitteleuropa“.

Bezirkskonferenz Prag. Die diesjährige Bezirkskonferenz findet Samstag, den 21. Oktober um halb 8 Uhr abends im „Goldenen Kreuz“, Prag II, Refojsanka, statt. Tagesordnung: Berichte, Wahl der Bezirksvertretung, die nächsten Aufgaben der Organisation, Eventuelles.

Bezirksorganisation Prag. Dienstag, den 3. Oktober, 8 Uhr abends, Sitzung der Bezirksvertretung im Verein deutscher Arbeiter.

Mus der Arbeiterbewegung.

Kommunistischer Gewerkschaftskongress. Die aus der tschechischen Gewerkschaftskommission ausgeschlossenen kommunistischen Verbände berufen

für den 26. bis 29. Oktober nach Prag auf die Schützeninsel einen Kongress ein.

Bereinsnachrichten.

Zentralverband der Angestellten in Industrie, Handel und Verkehr, Ortsgruppe Prag, Jüngerovo nam. 4. Donnerstag, den 5. Oktober 1922 pünktlich 7 Uhr abends, Verein deutscher Arbeiter, wichtige Ausschüttung.

Die Kinderhorte der deutschen Bezirkskommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge in Prag sind auch heuer wieder für die Schuljugend der Alt- und Neustadt in der deutschen Schule am Fleischmarkt, für die Schuljugend der Kleinfeste und Smichov in den Räumen des Kindergartens, Kleinfesteiner Ring 202, täglich von 4 bis 7 Uhr geöffnet. Da durch die sozialen Verhältnisse viele Frauen gezwungen sind, einen Erwerb nachzugehen oder die gesamte Hausarbeit selbst zu leisten, gewähren die Horte ihren Kindern in lichten, geheizten Räumen eine fachgemäße Aufsicht, Unterricht in allerlei Handfertigkeit und eine Pause. Die Kinder können dort auch ihre Schulaufgaben ausarbeiten, beaufsichtigt

von absolvierten Boyeistinnen und Gymnasialtinnen, die sich der Fortleitung als freiwillige Hilfskräfte zur Verfügung gestellt haben. Anmeldung bis 15. Oktober täglich von 4 bis 7 Uhr in den Horten. Für die Weinberger Schuljugend wird der Hort im Oktober eröffnet werden, wenn sich eine genügende Zahl Kinder bei der Direktion der deutschen Schule meldet.

Verband der Werkmeister und Industrieangestellten, Ortsgruppe Prag. Samstag, den 7. Oktober, 7 Uhr Monatsversammlung im Vereinslokal, Vortrag des Koll. Friedmann „Die geistige Umwelt des Gewerkschaftlers“.

Turnen und Sport.

Prager Fußball von heute: 1. FC. Nürnberg gegen AC. Sparta, vorher Meisterschaftsspiel Union Zizkow gegen Meteor Weinberge, SK. Mladno gegen Meteor VIII, Viktoria Zizkow gegen SK. Krocelskav, Sparta Mladno gegen Sparta Kofike.

Leichtathletik. Ein neuer Weltrekord im Marathonlauf. In Neval wurde kürzlich ein internationaler Marathonlauf ausgetragen, den der Estländer Lohmann in der neuen Weltrekordzeit von 2 Stunden 18 Min. 30 Sek. für 42.200 Meter bewältigte.

Lohmann eroberte bei der Antwerpener Olympiade im Marathonlauf als Zweiter hinter Hannes Kolehmainen, der damals mit 2:32:35,8 den Weltrekord verbesserte. Die neuerliche Unterbietung der Zeit um etwa 14 Minuten durch Lohmann klingt geradezu unglaublich, umso mehr, als die Leistungen von H. Kolehmainen einzigartig dastehen. (Werbung der „Pr. Pr.“)

Mitteilungen aus dem Publikum.

Das Beste für Ihre Augen liefert **Optiker Deutsch, Prag** **Graßen 25. Hl. Buxar.**

Separate Abteilung im **FOTO STUDIO, Václavské nam. 15.** 12 Lichtbilder um 12 Kč. 1093

Herausgeber: Dr. Lubwig Czech und Karl Cermak. Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Steinhilber. Für den Druck verantwortlich: D. Solih.

Amerikanische Addiermaschinen „DALTON“
 314 Rechenmaschinen
BRUNSVIGA, MERCEDES
 Amerikanische „MONARCH“-SCHREIBMASCHINEN
 Vervielfältigungsapparate
SCHAPIROGRAPH
 in Farbänder und Karbonpapier
 „Courant-Spitzmaschinen“
L. u. G. Halphen Prag
 Mikulánská 22/4. Telefon 2342.
 Filiale: Wien VI., Köstlergasse 6.
 Reparatur aller Bureaumaschinen.

Lebensversicherungsgesellschaft „Phoenix“
 in Wien
 schließt vorteilhaft alle Arten von **Lebensversicherungen**
 Insbesondere Versicherungen ohne ärztliche Untersuchung bis zu Kč 10.000 mit sofortiger — auch für den Kriegsfall — uneingeschränkter Gültigkeit ab. Vertreter werden zu günstigen Bedingungen angestellt.
 Anfragen, Angebote u. dgl. sind zu richten an das **Filialbüro für Groß-Prag, Prag II., Václavské um. 47.**

Werbet und abonnieret!
 Ausschneiden und einsenden!
Abonnements-Bestellschein.
 Abonniere ab 192 monatlich 16 Kč — vierteljährlich 48 Kč — halbjährlich 96 Kč — ganzjährlich 192 Kč — (nicht Zutreffendes durchstreichen) das in Prag täglich erscheinende Zentral-Organ der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschecho-slowakischen Republik
„Sozialdemokrat“
 Verwaltung: Prag II., Havlíčkovo nám, 32.
 Vor- und Zuname
 Beruf
 Ort, Bezirk
 Straße und Nr.
 Deutlich schreiben!

PREISAUSSCHREIBEN

Das Ausschneiden und Zusammenstellen einzelner Teile der nebenstehend abgebildeten Figur ergibt ein Bild der bekannten **PALMA KAUSCHUK-ABSCHTZE** und **PALMA KAUSCHUK-SOHLN**. Für die richtige Lösung sind folgende Preise ausgesetzt:

1. Preis Kc 1000.—	3. Preis Kc 250.—
2. „ „ 500.—	65 Preise à „ 50.—

Die ausgeschnittenen Teile sind zusammenzustellen und auf eine Karte geklebt, welche mit genauen Namen und Adresse des Einsenders versehen ist bis

20. Oktober l. J.

an die **PALMA KAUSCHUK GESELLSCHAFT m. b. H., PRAG, II. Petřská 9** einzusenden.
 Die Namen der prämierten Einsender werden in den Tagesblättern verlautbart.
PALMA KAUSCHUK GESELLSCHAFT m. b. H., PRAG, II. Petřská 9.



Ein Gratisinserat
 für jeden Jahres-Abonnenten

Wir gewähren jedem Jahresabonnenten, der unser Blatt bereits durch ein Jahr bezieht, ein Gratisinserat im „Kleinen Anzeiger“ unseres Blattes im Ausmaße v. 5 Zeilen, das sind ungefähr 18 Worte.
 Durch diese Neuerung wollen wir unseren Bezüchtern Gelegenheit geben, unter Ausschaltung der bürgerlichen Presse, kleinere Anzeigen der Öffentlichkeit zu übermitteln.
 Die Verwaltung des „Sozialdemokrat“.

In das Heim des flauenbewußten Arbeiters gehört d. Zentralorgan der Deutschen sozialdemokr. Arbeiterpartei — „Sozialdemokrat“ —

! Außer Kartell !
 Aktienkapital: Kč 4.000.000.—
Die slawische Versicherungs-Anstalt Akt. Ges in Prag, Wenzelsplatz 62
 versichert billigst
 auf Leben u. Rußsteuer, gegen Schäden entstanden durch Feuer, Einbruch und Hagel, durch Unfall u. Haftpflicht u. Transport-Schäden.
 *
 Ehe Sie anderwärts eine Versicherung abschließen, verlangen Sie kostenlos Prospekte!
 *
 Garantiefonds über 20.000.000.—
 757

Amerikanische Dauerbrand-Oefen

Mehr Wärme bei Heizmaterialersparnis!

Regieverkaufsstellen:
 Seidenberg: Wippenstraße 21.
 Marientad: Kurb. Lothringer Brunn.
 Mähr. Ostrau: Salsomigasse 7.
 Bahnhofstraße 17

AMERICAN HEATING
 Akt.-Ges. Prag
 Národní 83. Tel. 3428

Verlangt ausschließlich
Schweineschmalz u. Schweinespeck
Marke Morris Supreme
 von der **Morris Packing Company, Chicago.**
 Vertr.: Wih. Schlesinger & Co., Prag-Karlín.

Materialwaren en gros

MEFIŠTO Ofenglanzpaste in Dosen,
„KIKIRIKI“ fürboudes Gepläckpulver, Eierersatz,
„BRUNIN“ Teiggewürze,
„KYPIK“ „Backpulver“, Hefersatz,
VANILINZUCKER garantiert rein,
 erzeugt und liefert **530**
Vincenz Joh. Brun,
 Prag-Karolinenthal.

Restaurant goldenes Kreuz
 PRAG II., Nekazanka 7.
 Von Montag den 2. Oktober **1 Mittagessen Kč. 4.50**
 nur im Kreuzl Keller, abends **Münchner Kindibier.**

Piering-Seni u. Essig
 ist der beste!
 zu haben in allen Konsum-Verlehen.

SANA

Teemargarine allgemeine Konsummarke!

SANA MARGARIN MLOUBETIN

Riunione Adriatica di Sicurtà in Trieste
 Gegründet 1830. — Aktienkapital und sonstige Garantiemittel per Ende 1919 über 200.000.000 Lire. 327
 Direktion für die Tschechoslowakische Republik. **Prag II., Vrchlického sady 15.**
 Versicherungen auf das Leben des Menschen, gegen Feuer-, Blitz- und Explosionschäden, gegen Hagelschäden, ferner See-, Fluss- und Landversicherung jeder Art, Versicherungen von Glasscheiben und Glocken gegen Bruchschäden, Versicherungen gegen Schäden, verursacht durch Einbruchdiebstahl und Chomageversicherungen. — Über Wunsch werden von der Direktion Prospekte u. Kostenberechnungen eingeschickt. — Telefon Nr. 1045, 5965 u. 3417.